

Battle der Hochschulen

Test: Kunstuni, Pädagogische Hochschule oder FH - Welcher Typ bist du? **8**

Battle gegen die Diktatur

Die Publizistin Saba Farzan gibt dem iranischen Regime nur mehr wenige Jahre. **14**

Battle der Poetinnen

Mieze Medusa, Yasmin Hafedh und Mara Ban zeigen dir Poetry Slam. **30**

Battle der AutorInnen

Bedingungsloses Grundeinkommen, Vollbeschäftigung und Integration. **22**

Vom Rauswurf bedroht

Studierende in Wohnungsnot

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO, 73



Neues
Zuhause

Traumjob

Praktikum

gesucht?

Die neue Serviceplattform der ÖH ist da!

→ www.schwarzesbrett-oeh.at

Das Schwarze Brett der Österreichischen HochschülerInnenschaft bietet eine moderne Job-, Wohnen- und Praktikabörse. Sämtliche Services der Plattform können kostenlos genutzt werden!

Keine Provision, keine prekären Arbeitsverhältnisse sowie zahlreiche Informationen zu den Themen Arbeiten, Wohnen und Studieren!

**Schwarzes
Brett** **ÖH**



Cover

Wohnraum für Studierende wird rar – jetzt sperren auch noch mehrere große Studierendenheime zu. Tausende Studierende stehen bald auf der Straße. Ein Lokalausweis.

Bildung

08 WELCHER HOCHSCHULTYP BIST DU?

Finde heraus, ob deine Hochschulwahl zu deiner Persönlichkeit passt.

09 FACHHOCHSCHULEN IM AUFWIND.

Fachhochschulen versprechen ihren Studierenden gute Jobchancen. Reicht das für ein gutes Studium?

10 WIEVIEL VERDIENST DU?

Fast die Hälfte aller Studierenden in Österreich lebt unter der Armutsgrenze.

Politik

12 VERZÖGERTE ERINNERUNG.

Über verdrängtes Gedenken an 8.000 im Holocaust ermordete tschechische Roma. Eine Reportage.

13 EIN FEIERTAG IN DER ZWICKMÜHLE.

Am 8. Mai trauern die Rechten und feiern die AntifaschistInnen. Von offizieller Seite herrscht Stille. Über das österreichische Gedenken an den Tag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht 1945.

14 DIE SANKTIONEN WIRKEN.

Die Publizistin Saba Farzan attestiert dem iranischen Regime eine nur mehr kurze Lebensdauer und legt Hoffnung in die Oppositionsbewegung.

16 PERMANENTES LÄSTIGSEIN.

Barbara Blaha und Sylvia Kuba im Gespräch über ihr Buch „Das Ende der Krawattenpflicht“.

17 TAKING BACK UTØYA.

Ein Jahr nach dem Terroranschlag auf das Feriencamp einer sozialistischen Jugendorganisation wird die norwegische Insel Utøya für eine Woche geöffnet.

18 SHORT BITES.

Schnellinfos abseits des Mainstreams.

Dossier

Arbeit: An kaum einem anderen Begriff hat sich die Linke so abgemüht. Anlässlich des 1. Mai, wo die einen erneut für und die anderen gegen die Arbeit schreien werden, lassen wir Meinungen aufeinanderprallen, Historisches an uns vorüberziehen und beleuchten die Schattenseiten.

20 POPSONGS, DIE AUF ARBEIT PFEIFEN.

Arbeit nervt. Musik hilft meistens.

21 NO MILK TODAY.

Eine Kritik des kapitalistischen Arbeitsethos, eine Huldigung der Faulheit und eine Solidarisierung mit all jenen, die es am härtesten trifft.

22 SCHLAGABTAUSCH.

progress – AutorInnen im Duell zu Grundeinkommen, Integration und Vollbeschäftigung.

24 JUGENDARBEITSLOSIGKEIT AM ARBEITSMARKTKIRTAG.

Ohne Job keine Vision: Arbeitslosigkeit bedeutet für viele Jugendliche Resignation bereits früh im Leben.

26 RIVALITÄTEN IN DER FABRIK.

„Mehr Frauen bedeutet weniger Männer“, sagte Johanna Dohnal und bringt damit den Kampf der sozialistischen Frauenbewegung auf den Punkt. Ein historischer Abriss der Wurzeln der österreichischen Arbeiterinnenbewegung.

Feuilleton

28 POTENTIAL ZUM SKANDAL.

Das Performance-Kollektiv *God's Entertainment* provoziert Österreich.

29 WIR SIND SO SMART!

Über Sinn und Unsinn von Städterankings, und warum Wien immer an der Spitze steht.

30 DER SPRUNG INS KALTE WASSER.

Die Slammerinnen Mieke Medusa, Yasmin Hafedh und Mara Ban berichten aus der Poetry-Slam-Welt und geben Tipps & Tricks zum Selber Probieren.

32 DAS INTERNET MACHT MUSIK INTERESSANT.

Gitarren-Ikone Kaki King spricht über die digitale Evolution und ihr ambivalentes Verhältnis zum Kommunismus.

34 NERVEN WIE STAHLSEILE.

Über den Wahnsinn Österreichs Asylpolitik.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Von der Nasen- bis zur Zehenspitze: Wir haben uns getraut und erstrahlen nun in komplett neuem Design. Ermöglicht haben uns das unsere Layouterinnen (danke für die Geduld an dieser Stelle!) und die Abschlussklasse Werbung und Graphik der *Akademie für angewandte Kunst* in Wien: Ein Semester lang haben die Studierenden an unserem Relaunch gefeilt und uns etliche Vorschläge unterbreitet – einer schöner als der andere. Die Qual der Wahl fiel nun auf dieses Gewand, und das wollen wir auch gebührend mit euch feiern: Wir laden zur *progress im neuen Dress Party* ins Wiener WUK! Am 17.5. mit: *Ira Atari, Yasmo, Broken Sequence (Selbstlaut und Alligator Man), Sookee, Dayvan Cowboy* und *Discolab*. Natürlich bei freiem Eintritt!

Wir wünschen euch jedenfalls viel Spiel, Spaß und Spannung im Studium und mit dieser Ausgabe,

eure Redaktion

Impressum

PROGRESS – Magazin der Österreichischen HochschülerInnen-schaft, Ausgabe 02/2012, Erscheinungsmonat: Mai

MedieninhaberIn: Österreichische HochschülerInnen-schaft, Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

ChefInnenredaktion: Flora Eder, Vanessa Gaigg

RedakteurInnen dieser Ausgabe: P. Aigner, J. Amlacher, K. Baumgartner, C. Brandtner, M. Brüggemann, J. Falkinger, L. Grabner, P. Grabuschnig, E. Grigori, S. Grössing, S. Homayouni, V. Helfert, K. Hellwagner, P. Hense, J. Hestmann, R. Korunka, N. Lainer, P. Larndorfer, S. Maurer, E. Mittendorfer, M. Müller, G. Öller, B. Pisecky, M. Poigner, F. Rasul, V. Rest, J. Ruderstaller, S. Sailer, G. Sattelberger, A. Salzer, C. Schumann, K. Spielmann, I. Schwarzenbacher, B. Wakolbinger, D. Wurnig

Cover-Foto: J. Rauch,

Dossier: Wenn nicht anders angegeben: L. Berger

Seite 7: Foto: Tania Marcadella/ Linnéa Jänen (lita.at), Model: Aline Eriksson, Makeup: Anna Neumüller, Design: Buddheart

Seite 11: M. Kux

Illustration Seite 27: S. Sailer

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Grundlayout: R. Radschopf, E. Riedmann

Der Ausverkauf der Studierendenwohnheime

Das Leben in Studierendenwohnheimen gilt als sozial und günstig. Doch diese Zeiten könnten bald vorüber sein. Die Streichung der Förderung für Heime zwingt die BetreiberInnen zu gravierenden Maßnahmen.



Die Wohnungssituation für Studierende gestaltet sich österreichweit immer prekärer.

Fotos: Johanna Rauch

Ein langer Gang führt in den Gemeinschaftsraum des vierten Stocks im Studierendenheim *Haus Döbling* im 19. Wiener Gemeindebezirk. Farbe blättert von den Wänden, der Boden ist abgenutzt und fleckig. Drei Sofas stehen um einen Tisch gruppiert, die Bezüge sind aufgeplatzt, das Futter quillt heraus. In einem Kobel in der Mitte des Gangs befindet sich die Gemeinschaftsküche. Vier Kochplatten, ein Kühlschrank für den gesamten Stockbereich. Eine bunte Fotowand zeigt ehemalige und aktuelle BewohnerInnen. Auf beiden Seiten des Gangs liegen die Einzelzimmer der Studierenden, zehn Quadratmeter groß und mit dem Notwendigsten ausgestattet. Zur Mittagszeit öffnen sich die ersten Türen, man trifft sich auf Kaffee und Kipferl. „Die wahren Werte des *Haus Döbling* liegen im Inneren. Es schaut zwar schirch aus, aber die Gemeinschaft ist das Wertvolle“, sagt Lisa, die seit 2009 hier wohnt. Die Vorsitzende des Heimausschusses setzt sich zusammen mit einigen anderen BewohnerInnen für ihr *Haus Döbling* ein. Denn Teilen des Hauses aus den 1970er-Jahren droht der Abriss. Vierzig Jahre lang wurde das Gebäude nicht renoviert, jetzt ist es nicht mehr renovierfähig. „Die haben das Haus

mutwillig heruntergewirtschaftet“, sagt Michael, der stellvertretende Vorsitzende des Heimausschusses. Zwar sei die Renovierung im Gemeinderat bereits beschlossen gewesen, 2009 hob die SPÖ den Beschluss jedoch wieder auf. Die alten Gebäudeteile sollen abgerissen werden, an ihrer Stelle plant die Stadt den Bau von Genossenschaftswohnungen.

REGIERUNGSKLAUSUR LOIPERSDORF. Grund dafür könnte die Streichung der Sanierungsförderung für Studierendenwohnheime bei der Regierungsklausur in Loipersdorf im Oktober 2010 sein. Aufgrund dieses Beschlusses fällt die Unterstützung des Bundes bei Sanierungsvorhaben und Neubauten von Wohnheimen weg. Problematisch ist das vor allem, weil es den Heimen, die als gemeinnützige Organisationen agieren, bisher nicht erlaubt war, Rücklagen für allfällige Sanierungen zu bilden. Jetzt bleibt vielen Trägerorganisationen von Studierendenwohnheimen nichts anderes übrig, als die Heime zuzusperren oder die Preise drastisch zu erhöhen. Insgesamt wohnen in Österreich laut Studierendensozialerhebung 2009 32.000 Studierende in Wohnheimen, etwa zehn

Prozent aller Studierenden in Österreich. Sie zahlen dafür durchschnittlich 245 Euro monatlich, ein Viertel weniger, als sie für Wohnungen ausgeben müssten.

Das *Haus Döbling* gehört der *Wien Holding*, einem Tochterunternehmen der Stadt Wien. Als das Haus als nicht mehr renovierungsfähig eingestuft wurde – im Büro des Stadtrates Ludwig spricht man von Baufälligkeit und Ungeziefer, wurde beschlossen, das Baurecht an die Gesiba, ebenfalls eine Tochtergesellschaft der Stadt Wien, zu verkaufen. Laut den Studierenden im *Haus Döbling* zu einem Preis von 152 Euro pro Quadratmeter. Kein schlechtes Geschäft mitten im Nobelbezirk Döbling. Zwar sehe das Baurecht vor, dass wieder ein Studierendenheim errichtet werden muss, die Stadt Wien als Eigentümer konnte das Grundstück jedoch mit Zustimmung der Heimleitung des *Haus Döbling* umwidmen, erzählen die engagierten HeimvertreterInnen. Die Studierenden befürchten Konflikte mit den zukünftigen BewohnerInnen der geplanten Genossenschaftswohnungen. Denn die Gebäude teilen sich einen Innenhof, den

die Studierenden vor allem in der warmen Jahreszeit gerne nutzen.

Die Geschäftsführerin der *base 19*, die das *Haus Döbling* betreibt, Michaela Lindenbauer, erklärt die Situation so: „Die Streichung ist ein großer Einschnitt in die Planung von Sanierungs- oder Bauvorhaben. Wir bekommen für die Sanierung überhaupt keine Bundesförderung oder sonstige Förderungen mehr. Das Geld für die Sanierung müssen wir über ein Wohnbaudarlehen der Stadt Wien aufbringen.“ Ein Teil der Sanierungskosten komme außerdem vom Verkauf des Teilgrundstücks, auf dem die alten Gebäude stehen. Bis Sommer 2013 sollen die verbleibenden Wohneinheiten fertig renoviert sein, erst dann werden die alten Gebäude abgerissen.

EIN DORF IN WIEN. Aber die BewohnerInnen hängen an dem alten Heim, vor allem aufgrund der guten Gemeinschaft. „Das Heim ist wirklich was Besonderes. Vor allem das soziale Zusammenleben“, sagt Lisa. Michael stimmt zu: „Wir sind ein Dorf in Wien.“ Aber auch die günstigen Preise machen das Wohnheim beliebt: 200 Euro Zimmerpreis für zehn Quadratmeter, Betriebskosten und Internet inklusive, machen das Haus Döbling zu einem der günstigsten Studierendenwohnheime in Wien. Da nimmt man gerne ein paar Unannehmlichkeiten in Kauf. Mit diesen billigen Preisen wäre es nach dem Abriss vorbei. Momentan kostet ein bereits renoviertes Zimmer im Gebäudeteil D schon 299 Euro. Als Alternative für die Studierenden in den abrisssreifen Teilen bietet das Heim eine Ausweichmöglichkeit in den neuen Gebäudeteil – diese Variante können aber nur langjährige HeimbewohnerInnen beanspruchen, denn um das Heim zu leeren, vergebende die Heimverwaltung nur noch befristete Plätze, so die Studierenden. Zusätzlich werden Erasmus-Studierende eingemietet. „Seit einiger Zeit kommen hauptsächlich Erasmus-Studierende ins Heim. Das ist zwar gut für die Internationalität, aber schlecht für das soziale Leben, weil die lieber feiern, als sich für das Heim zu engagieren“, erzählt Lisa. Noch ist ungeklärt, ob die Preise für die alteingesessenen BewohnerInnen bei einer Umsiedlung in den neuen Trakt steigen werden.

DIE PREISE WERDEN STEIGEN. Lindenbauer rechnet mit einem Anstieg der Preise, denn das Sanierungsdarlehen müsse auch wieder zurückgezahlt werden. Zusätzlich fallen Kosten für die Möblierung an, die bisher der Bund getragen hat. „Das Haus Döbling ist momentan deshalb so günstig, weil ein enormer Sanierungsbedarf besteht. Eine Preiserhöhung wird kommen müssen. Mehr als 300 Euro wird ein Zimmer aber auch zukünftig nicht kosten.“ Aber nicht nur das Haus Döbling wird teurer. Da Sanierungen in Zukunft durch Kredite finanziert werden müssen, werden die Preise zeitversetzt steigen, erklärt Bernhard Tschrepitsch, Generalsekretär der

Akademikerhilfe, die rund 20 Wohnheime betreibt. Die ÖH rechnet damit, dass das Benützungsentgelt mittelfristig um rund zehn bis 20 Prozent teurer wird.

In den Studierendenheimen der WIHAST steht die Preiserhöhung schon fest. Um fünf bis acht Prozent werden die Zimmer ab Herbst teurer, erklärt Martin Strobl, stellvertretender Generalsekretär der WIHAST-Heime. Auf lange Sicht schätzt er die Lage jedoch dramatischer ein: „Damit können wir die Häuser schwer sanieren, beziehungsweise Neubauten finanzieren.“ Strobl hält es für möglich, dass Zimmer in Studierendenheimen in Zukunft sogar über 400 Euro kosten könnten. Wenn dann die Studierenden auf den Wohnungsmarkt drängen, würden auch dort die Preise drastisch ansteigen.

In Salzburg hat das *Studentenwerk* kreativ kalkuliert: Aufgrund einer Vorausplanung über 40 Jahre, die alle anstehenden Sanierungen berücksichtigt, müssen die Studierenden jetzt nur eine Preiserhöhung von 23 Euro statt den geplanten 60 Euro in Kauf nehmen. Die Erleichterung bei den BewohnerInnen sei groß, erzählt Georg Leitinger, Geschäftsführer des Salzburger *Studentenwerks*. „Unser Ziel war es, günstigen Wohnraum für Studierende zu erhalten. Wir holen das Geld von den Banken, nicht von den Studierenden. Denn die 23 Euro wandern als Rücklage auf ein separates Konto, das jederzeit von den BewohnerInnen einsehbar ist.“ Weil über 40 Jahre geplant wurde, muss der Betrag nicht an den Index angepasst werden und bleibt somit gleich, da die Bank eine Verzinsung garantiert. Das sei in der Stadt Salzburg besonders wichtig, da es kaum leistbaren Wohnraum für Studierende gebe, sagt Leitinger. Denn einerseits fehlen die großen WG-gerechten Altbauten, andererseits sind kleinere Wohnungen unerschwinglich. Das hat zur Folge, dass Salzburg den zweitgrößten Anteil an Studierendenheimen hat. 18 Prozent wohnen hier in Heimen, viele andere müssen pendeln.

ZURÜCK NACH DÖBLING. Im Haus Döbling leben im Moment 860 Studierende. 360 von ihnen müssen sich nach einer anderen Wohngelegenheit umsehen. Das Büro des Wohnbaustadtrats Michael Ludwig weist auf Ausweichmöglichkeiten hin: In der Gassgasse im 15. Wiener Gemeindebezirk, in der Kandlgasse im Siebten oder in dem geplanten Heim in der im Bau befindlichen Seestadt Aspern. Aber die Studierenden schätzen vor allem die gute Lage des Hauses Döbling. Fünf Minuten sind es von hier zur Wirtschaftsuniversität, zur Universität für Bodenkultur und auch die Hauptuniversität ist nicht weit. Von den Ausweichmöglichkeiten im 22. Bezirk sind die Studierenden nicht begeistert: „Wer will denn dort hin? Da fährst du ja überall ewig hin.“ Ähnlich sieht das auch Tschrepitsch von der *Akademikerhilfe*. Seiner Meinung nach fehle das Commitment, das Studierende

dazu berechtigt, sozialverträglich und zentrumsnah zu wohnen. „Nur weil der Grund an der Stadtgrenze billig ist, ist das noch lange kein Grund, Studierende in die Peripherie abzuschieben.“

Seit etwa zwei Jahren bietet die Stadt Wien auch die Wohnungsaktion für Studierende an. Wer unter 26 Jahren ist und mindestens ein Jahr in einem Studierendenwohnheim gewohnt hat, kann sich von der Stadt Wien ein einmaliges Wohnungsangebot für eine Kleinwohnung von bis zu 35 Quadratmetern unterbreiten lassen. Der Haken an der Sache: Es gibt Wartezeiten von ein bis eineinhalb Jahren. Ähnlich sieht es vermutlich bei den oben genannten Ausweichheimen aus. Zwar schätzt das Sozialreferat der *Österreichischen HochschülerInnenschaft*, dass alle Studierenden, die in Wien einen Heimplatz suchen, auch einen bekommen. Jedoch sind vor allem Heime in Universitätsnähe oder Innenbezirkslage begehrt. Hier gibt es ebenfalls Wartelisten.

LOKALAUGENSCHHEIN KLAGENFURT. Das Haus Döbling ist kein Einzelfall. Während die großen Heimträgerorganisationen wie zum Beispiel die STUWO, die sich durch Genossenschaftswohnungen querfinanziert, größere Überlebenschancen haben, sieht die Lage bei kleinen Heimen düster aus. So auch im *Mozartheim* in Klagenfurt. Dort sollen bis August 2012 die 145 HeimbewohnerInnen ihre Zimmer räumen, das günstigste Heim in Klagenfurt muss seine Türen schließen. Ähnlich wie im *Haus Döbling* wurde auch hier seit den 1970er-Jahren nicht mehr renoviert. Eigentlich wäre hier die Sanierung bereits geplant gewesen. Der Bund hätte von den Gesamtkosten von rund 1,5 Millionen Euro 900.000 übernommen, erzählt Hermann Riepl, der Geschäftsführer der Volkshilfe Kärnten, die das Heim betreibt. Doch mit dem Sparpaket Loipersdorf fiel dieses Vorhaben ins Wasser. Das Land war nicht bereit, die Kosten zu übernehmen. Am Faschingsdienstag 2012 bekam Riepl daher völlig überraschend ein E-Mail: Das Land Kärnten kündigt den Vertrag mit der *Volkshilfe*. Ein Grund dafür ist auch der enorme Verlust, den das Land mit dem Heim erwirtschaftet. Die jährliche Miete von 265.000 Euro, die das Land dem Eigentümer des Gebäudes, der *Landesimmobiliengesellschaft* (LIG) bezahlen muss, ist zu teuer. So viel kann die *Volkshilfe* mit den Benützungsgebühren der Studierenden nicht einnehmen. Das Heim steht vor dem Aus. Geschäftsführer Riepl hält diese Kündigung weder für frist- noch formgerecht. Laut Studentenheimgesetz haben Erstsemestrige das Recht, zwei Jahre lang im Heim zu wohnen. Die letzten Studierenden wären somit erst im Herbst 2013 kündbar, noch gibt es keine Alternativlösung. Das Land Kärnten sucht derzeit einen neuen Heimbetreiber, der auch die Sanierungskosten trägt. Ob sich dieser finden lässt, bleibt offen, genauso wie die rechtliche Situation der

HeimbewohnerInnen. Diese Suche läuft noch bis Juni 2012, findet sich dann kein Betreiber, wird das Gebäude zum öffentlichen Verkauf ausgeschrieben. Das könnte bedeuten, dass aus einem Studierendenwohnheim private Wohnungen werden. Der Geschäftsführer des momentanen Hausbesitzers LIG, Rene Oberleitner, hält diese Variante durchaus für möglich.

Bisher hatte der Bund durch die Förderung der Heime ein Mitspracherecht bei der Platzvergabe, die vor allem nach sozialen und örtlichen Gesichtspunkten, wie zum Beispiel dem Einkommen der Eltern, erfolgte. Da diese Förderung nun weggefallen ist, können die Heime nach eigenen Kriterien Plätze vergeben und müssen, um auch in Zukunft kostendeckend arbeiten zu können, privatwirtschaftlicher agieren. Das könnte eine Verlagerung von Benützungsverträgen zu klassischen Mieten bedeuten. Schon jetzt fällt bei manchen Neubauten der soziale Gesichtspunkt weg.

„WIR BLEIBEN.“ Um ihr Sozialleben fürchten auch die Studierenden im *Haus Döbling*. Für die neuen Zimmer ist jeweils eine Kochnische vorgesehen. Gemeinsames Kochen im Stockwerk wird es dann nicht mehr geben. „Wir merken schon jetzt, dass es im neu renovierten Gebäudeteil kein aktives Stockleben mehr gibt. Die Leute lernen sich erst auf den Heimpartys kennen. Viele sieht man gar nicht“, sagt Lisa. Die Studierenden wehren sich: Protestfeste, Flyerverteilen oder ein Herbergsgesang für zukünftig obdachlose Studierende. Neben den öffentlichen Protesten in Wien und Klagenfurt versuchen die Studierenden des *Haus Döbling* auch auf rechtlichem Weg, gegen den Abriss ihres Heimes vorzugehen. Denn die Heimverwaltung hätte mit ihrem Beschluss die Informationsrechte der BewohnerInnen verletzt, die von dem Abriss aus der Zeitung erfahren haben. In Paragraph acht des Studentenheimgesetzes heißt es: „(2) Der Heimträger hat die Heimvertretung über alle wesentlichen Angelegenheiten, die das Studentenheim betreffen, zu informieren bzw. über Verlangen umfassend Auskunft zu geben.“ In den Heimstatuten des *Haus Döbling* sei laut Heimvertretung zusätzlich ein Mitspracherecht der Studierenden verankert. Soeben ist die Bildung eines Schlichtungsausschusses nach dem Studentenheimgesetz abgeblitzt, der sich in dieser Sache für nicht zuständig erklärt hat. Jetzt bleibt nur noch der zivilgerichtliche Weg, der teuer und aufwändig wäre – ohne Garantie auf Erfolg. Denn im Studentenheimgesetz sind keine Konsequenzen für einen Verstoß gegen dasselbe angeführt. Der Abriss im Sommer 2013 scheint nicht mehr abzuwenden.

Inzwischen ist der Mitbewohner Lauschi zur Kaffeerunde im *Haus Döbling* dazugestoßen: „Die müssen uns schon wegtragen“, sagt er: „Wir haben uns für den Sommer 2013 auf jeden Fall nichts vorgenommen.“

Elisabeth Mittendorfer und Barbara Wakolbinger studieren Journalismus und Medienmanagement an der FH Wien.



BILDUNG

Eine Woche freie Bildung

Ein Blick in den Studienalltag. Erschwerte Studienbedingungen hindern StudienanfängerInnen an der Entfaltung. Fortlaufende Diskussionen über Studiengebühren und deren momentane Rechtsunsicherheit lassen Massenklagen immer realistischer erscheinen. Es herrscht Ungewissheit bezüglich der Finanzierung der Hochschulen. Zu wenig Platz und veraltete Gebäude verhindern Forschung und Ausbildung. Doch jüngste Erfolge der STOP-STEOP-Bewegung zeigen, dass es sich zu kämpfen lohnt: Ein dritter STEOP-Prüfungsantritt ist nun an fast allen Universitäten möglich.

Als Reaktion auf aktuelle bildungspolitische Entwicklungen laufen derzeit in ganz Österreich Vorbereitungen, um freie Bildung im Freien zu ermöglichen, denn von 21. bis 25. Mai zeigen Hochschulen, was sonst nur innerhalb der Hörsäle passiert. Ziel der Woche der freien Bildung ist es, Bildung allen zugänglich zu machen und auf die derzeitigen Probleme im universitären Bildungswesen aufmerksam zu machen. Nähere Informationen zur Veranstaltung und darüber, wie du dich engagieren kannst, findest du unter <http://www.freie-bildung.at>.

Johanna Amlacher



Welcher Hochschultyp bist du?

Zu welcher Hochschule du wirklich gehörst: Mach den Selbsttest!

Was machst du in deiner Freizeit am liebsten?

- D: Mit Kindern spielen. Obwohl, eigentlich hab ich am liebsten Sommerferien.
- C: Hausaufgaben.
- A: In einem verbrauchten Beisl Bier trinken und über die Weltrevolution diskutieren.
- E: Shoppen. Oder Golf spielen. Oder ins Casino gehen. Hauptsache eigentlich, ich kann mit meinem BMW irgendwo vorfahren und unter meinesgleichen sein.
- B: Mich verwirklichen. Kunst schaffen. Meine Individualität ausleben!

Stell dir vor, du wärst für einen Tag WissenschaftsministerIn. Welche Maßnahmen würdest du in der Hochschulpolitik setzen?

- E: Studiengebühren in der Höhe von 5000 Euro einführen. Denn was nichts kostet, ist nicht wert! Leistung muss sich lohnen! Sonst könnten ja alle studieren, unvorstellbar!
- C: Hochschulpolitik? Mit Politik hab ich nichts zu tun. Ich will ja nur in Ruhe in die Schule gehen, ähh studieren mein ich. Und dann meinen fixen, gut bezahlten Job haben.
- A: Ich wehre mich strikt gegen solch eine Konzentration von Macht bei einer Person.
- B: Studierenden-selbstverwaltete Räume an allen Hochschulen. Wir brauchen Platz, um uns wirklich entfalten zu können!
- D: Längere Ferien für Studis!

Was muss ein Studium und eine Hochschule für dich bieten?

- C: Klare, vorgegebene Strukturen, die von mir keinerlei Selbstständigkeit und Eigenverantwortung fordern, eine Klassengemeinschaft und natürlich die besten Jobchancen.
- D: Viel Praxis-Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Und extra lange Sommerferien natürlich.
- E: Die Hochschule muss ganz klar ein geschützter Raum für die gesellschaftliche Elite sein, um die Leistungsgesellschaft von morgen zu formieren.
- B: Freiraum für meine Ideen, meine Phantasie und meinen künstlerischen Schaffenstrieb.
- A: Die Uni muss natürlich die revolutionäre Zelle der Gesellschaft sein. Früher oder später werden wir den Kapitalismus stürzen – ausgehend von den Studis, auf Basis von internationaler Solidarität!

Was ziehst du am liebsten an?

- E: Marco Polo, Lacoste und Tommy Hilfiger. Kleidung, die meinen Status in der Gesellschaft verdeutlicht, man muss sich schließlich vom H&M-Pöbel abgrenzen.
- B: Bunte, weite Leinenkleidung, die im Freien so schön im Wind flattert! Am liebsten mag ich meine selbstgemachten Batik-T-Shirts.
- A: Diese Frage ist doch nur Ausdruck des kapitalistischen Konsumwahns. Jean und Kapuzenpulli, mehr ist wirklich nicht notwendig.
- D: Ach, das ist mir egal. Wird ja sowieso schmutzig und irgendwann kaputt.
- C: Auf jeden Fall am neuesten Stand der Mode. Außerdem hängt das ganz von der Situation ab: Immer das Bestmögliche für sich rausholen!

Wie würdest du dich mit einem Wort selbst beschreiben?

- D: Gutherzig.
- A: Persönlichkeiten sind viel zu komplex, um sie mit einem Wort zu beschreiben. Das muss kritisch reflektiert werden.
- E: Gesellschaftsspitze.
- B: Kreativ.
- C: Zielstrebig.

ERGEBNIS:

A ÖFFENTLICHE UNIVERSITÄT

Du bist der/die klassische Uni-StudentIn, gehst zu Mittag ins Kaffeehaus frühstücken und verbringst deine Zeit lieber mit endlosen Grundsatzdiskussionen als auf der Uni. Du bist chaotisch, planst nicht viel länger als bis übermorgen und verfolgst vor allem ein Ziel: Die Weltrevolution starten!

B KUNSTUNI

Für dich steht Kreativität und Selbstentfaltung an erster Stelle. Du trägst gern selbstgemachte Kleidung und wenn du nicht gerade malst, tanzt du am liebsten deinen Namen, so wie du es in der Waldorfschule gelernt hast.

C FACHHOCHSCHULE

Die FH ist genau das Richtige für dich – mit Eigenverantwortung kannst du nicht so richtig umgehen und bist daher froh über deinen fix vorgegebenen Stundenplan. Außerdem ist dir zu viel Theorie schon in den allgemeinbildenden Fächern in der Schule auf die Nerven gegangen und du hast daher vor allem aus einem Grund die FH gewählt: Praxisnähe.

D PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE

Weil der Job als Kinderanimateurin in deinem Lieblings-Magic-Life-Club schon vergeben war, hast du mal an der PH inskribiert. Auch nicht so schlecht – die Kinder sind die gleichen und für das mit der Party hast du dann eh die neunwöchigen Sommerferien.

E PRIVATUNIVERSITÄT

Die Reproduktion der gesellschaftlichen Elite ist für dich eine wesentliche Aufgabe der Uni. Dafür musst du (bzw. müssen deine Eltern) aber auch ordentlich etwas springen lassen. Mit deinen abwechselnd hellblauen und rosa Hemden mit aufgestelltem Kragen bist du aber auch auf der Wirtschaftsuni oder am Juridikum gern gesehen, wenn das Geldbörserl doch nicht so dick ist.

Die Autorin Iris Schwarzenbacher studiert Politikwissenschaften an der Uni Wien.



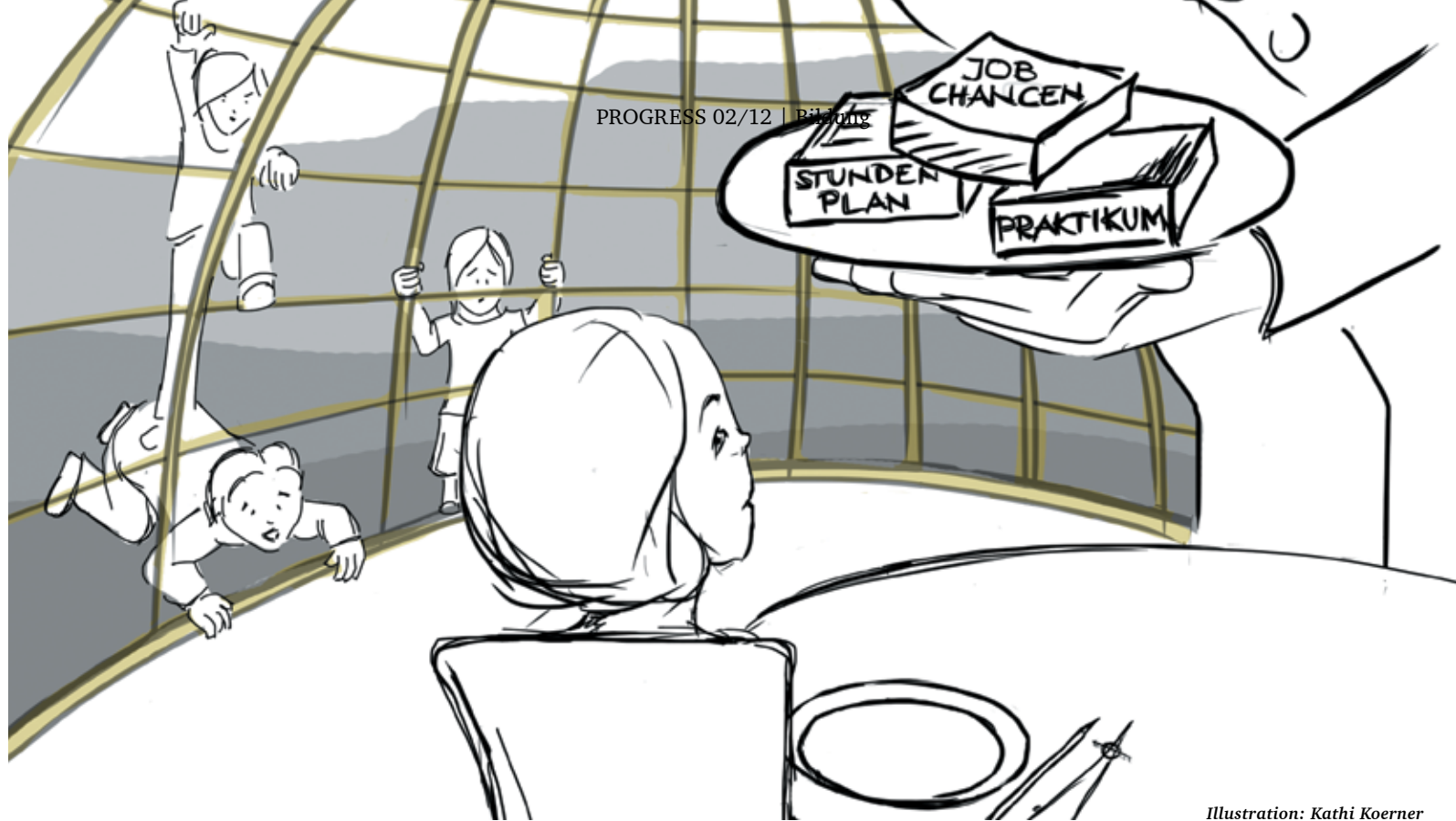


Illustration: Kathi Koerner

Fachhochschulen im Aufwind

Steigende BewerberInnenzahlen, Lob von den ExpertInnen – die österreichischen Fachhochschulen sind beliebt. Sind Studienplatzfinanzierung und Praxisnähe ein Zukunftsmodell?

Mai 2012 – rund 43.500 MaturantInnen steht eine schwere Entscheidung bevor. Etwa 35 Prozent aller 18-Jährigen, so viele wie noch nie, beginnen nach der Schule noch eine Ausbildung oder ein Studium. Wer im Herbst eine Fachhochschule (FH) besuchen will, sollte allerdings schon jetzt wissen, in welche Richtung es gehen soll, denn die Auswahlverfahren auf den FHs sind oft hart und bestehen aus mehreren Runden, in denen Allgemeinwissen, Mathe, Deutsch, Englisch und Persönlichkeit abgefragt werden. Trotzdem ist der Andrang groß: „Zwei von drei BewerberInnen müssen wir Fachhochschulen jedes Jahr wieder nach Hause schicken“, erzählt Helmut Holzinger, Präsident der *Österreichischen Fachhochschulkonferenz* und Geschäftsführer der FH des BFI Wien. Aber die FHs sind nicht nur unter zukünftigen Studierenden gefragt, auch der – von der ÖH vielfach kritisierte – Hochschulplan des Wissenschaftsministeriums aus dem Sommer 2011 lobt das Modell der FHs und empfiehlt einen raschen Ausbau. Derzeit besuchen rund elf Prozent aller Studierenden (etwa 37.500) eine Fachhochschule, Tendenz steigend. Für den Herbst 2012 seien wieder 500 neue, trotz Konsolidierungspaket vom Bund finanzierte Studienplätze vorgesehen, erklärt Holzinger.

FREIHEIT VS. BERUFSCHANCEN. Warum erfreuen sich die Fachhochschulen so großer Beliebtheit? „Mir war es wichtig, eine praxisnahe Ausbildung zu machen“, meint Max. Er hat Logistik und Transportmanagement an der FH des BFI Wien studiert. „Und die Berufschancen sahen für mich einfach überzeugender aus.“ Magda hat beides probiert und kann jetzt vergleichen. Nach ihrem Studium der Unternehmensführung an der FH Wien hat sie noch Theater-, Film- und Medienwissenschaften an der Uni Wien begonnen – die perfekte Kombination für Arbeitsaussichten im Bereich des Kulturmanagements. An der FH schätzt sie die Struktur: „Man braucht sich um

nichts zu kümmern: Stundenpläne, Sitzplätze – das sieht jetzt an der Uni ganz anders aus.“ Zwar muss die Wienerin an der Uni manchmal auf den Stufen sitzen, dafür kann sie ihre Kurse so legen, dass sie mit ihrer Teilzeitarbeit nicht kollidieren. „Auch dass man sich die Themen der Vorlesungen aussuchen kann, ist toll.“ Holzinger hat noch weitere Erklärungen, warum das Modell FH ein anhaltender Erfolg ist: An erster Stelle reiht er die Struktur der Fachhochschulen, die mit vorgegebenen Stundenplänen und Anwesenheitspflicht zwar sehr an Schule erinnern, dafür aber auch einen Abschluss in der vorgegebenen Zeit garantieren. Die Inhalte seien nicht theoretisch, wie an den Unis, sondern berufsfeldbezogen, und es könne ein direkter Verwertungszusammenhang zum zukünftigen Beruf hergestellt werden. Etwa ein Drittel aller Studierenden an Fachhochschulen studiert berufsbegleitend, also hauptsächlich am Abend und an den Wochenenden. Das können Unis oft nicht bieten.

ÖSTERREICHS BILDUNG STEHT KOPF. Hochschulforscher Hans Pechar von der Universität Klagenfurt bietet noch einen dritten Erklärungsansatz für die zunehmende Popularität von Fachhochschulen: „Es ist sehr bedauerlich, dass Fachhochschulen in Österreich im internationalen Vergleich erst relativ spät eingerichtet wurden. Über lange Zeit hat es hier nur die Forschungsuniversitäten gegeben, die das gesamte Ausmaß der Hochschulexpansion tragen mussten. Das ist eine Anomalie.“ Denn in vielen anderen Ländern, wie etwa den USA, die oft als Beispiel für einen erfolgreichen Postsekundarbereich (Universitäten, Fachhochschulen) mit hohen AkademikerInnenquoten genannt werden, wurden Fachhochschulen oder fachhochschulähnliche Modelle viel früher etabliert. Ein Großteil der AkademikerInnen erhalte ihren Abschluss dort, nur die wenigsten gehen auf eine der großen Forschungsuniversitäten, erklärt Pechar. In Österreich stehe

diese Pyramide Kopf. Statt – wie etwa in der Schweiz – bestehende Ausbildungen aufzuwerten, sei man hier mit den FHs von Null gestartet. Das erkläre auch den rasanten Anstieg der Studierenden, so Pechar. Das sei zwar ein gutes Zeichen, aber nur der erste Schritt, um diese Anomalie zu beseitigen. Die Universitäten müssten sich zurück auf ihren Forschungsschwerpunkt besinnen, während FHs oder ähnliche Institutionen Berufsqualifikationen in überschaubarer Zeit und in anwendungsorientierten Formaten vermitteln. Dazu sei eine gewisse Regelung des Zugangs in Verbindung mit einer Studienplatzfinanzierung, wie sie an den Fachhochschulen bereits etabliert ist, unumgänglich.

Aber auch auf den FHs ist nicht alles eitle Wonne. Die Studienplatzfinanzierung funktioniert zwar deutlich besser als das derzeitige System an den Unis, aber Fachhochschulpräsident Holzinger beklagt vor allem die fehlende Wertsicherung. Seit 2009 wurde der Betrag, den der Staat pro StudentIn an die FHs zahlt, nicht mehr angehoben. Außerdem wünscht sich Holzinger eine Basisfinanzierung für anwendungsorientierte Forschung an den Fachhochschulen. Derzeit werde die Forschung ausschließlich über Projekte finanziert. Noch ist eine Umstrukturierung des Hochschulsystems, wie Hochschulforscher Pechar sie beschreibt, Zukunftsmusik – zu unterschiedlich sind die Ansichten der politischen Parteien, der Universitäten und der Studierendenvertretungen. Für Magda haben sich beide Studien gelohnt: „Es gibt kein besseres System. Beides hat seine Vor- und Nachteile. Da muss man sich vorher einfach gut informieren und für das entscheiden, was einem mehr liegt.“

Die Autorin Barbara Wakolbinger studiert Journalismus & Medienmanagement an der Fachhochschule Wien.



„Monatlich habe ich 550 Euro Studienbeihilfe zur Verfügung. Das ist sehr wenig, deswegen werde ich auch bald arbeiten müssen.“

– Elias Bumbaris, 26, studiert im Bachelor Chemie an der Uni Wien.



„Ich arbeite zwölf Stunden in der Woche in einer Boutique. Die 550 Euro reichen nur für alltägliche Ausgaben.“

– Julia Bauer, 20, studiert Spanisch und Publizistik an der Uni Wien.



Umfrage: Marlene Brügemann
Fotos: Alexander Götter

„Ich wohne um 50 Euro in einem Durchgangszimmer. 550 Euro im Monat reichen mir – problematisch wird das, wenn die Studierendenbeihilfe wegfällt.“

– Isabel Mendoza, 19, studiert an der BOKU Wien Umwelt- & Bioressourcenmanagement und IE an der Uni Wien.



„Als Kellnerin verdiene ich sechs Euro in der Stunde. Am Arbeitsaufwand für 750 Euro monatlich leidet mein Studium. 350 Euro gehen für die Miete drauf.“

– Bettina Mühleder, 20, studiert Russisch und Geschichte auf Lehramt in Wien.



„Ich bekomme 700 Euro monatlich vom dänischen Staat. Ich arbeite nicht nebenbei. Etwas Geld verdiene ich durch Kunstprojekte.“

– Mads Egeberg Hvidtfeldt, 23, studiert Bildhauerei an der Akademie der Bildenden Künste.

Service, das hilft!

ÖH Erinnerungsservice

Der immer größer werdende Stress an den Hochschulen kann auch ins Geld gehen – wenn man etwa das Ende der Antragsfrist für Stipendien übersieht. Damit die elektronische Erinnerung an diesen Umstand nicht erst am Bankomaten erfolgt, hat sich die *Österreichische HochschülerInnenschaft* etwas einfallen lassen.

Über die Website www.oeh.ac.at könnt ihr euch von nun an schnell und unkompliziert zum ÖH-Erinnerungsservice anmelden und werdet rechtzeitig und automatisch vor dem Ablauf wichtiger Fristen und

Deadlines gewarnt. Zu finden ist das Feld zur Anmeldung direkt auf der Startseite der Homepage. Nach der Eingabe einer gültigen E-Mail-Adresse und/oder Handynummer wählt man die eigene Hochschule aus und aktiviert das Service mit dem zugesandten Aktivierungscode. Per Mail und/oder SMS wird der/die NutzerIn dann über die Fristen verständigt. Neben ganz allgemeinen Fristen, wie der bereits genannten Antragsfrist für Stipendien, wird auch an hochschulspezifische Fristen wie etwa an die Antragsfrist für Leistungsstipendien oder an die Inskriptionsfrist erinnert. *BP*

www.schwarzesBrett-oeh.at

Die neue Serviceplattform der *Österreichischen HochschülerInnenschaft* bietet seit Mitte April eine moderne Job-, Wohnen- und Praktikabörse. Ein großer Vorteil gegenüber anderen AnbieterInnen ist, dass sämtliche Services der Plattform kostenlos genutzt werden können. Durch eine sehr einfache Eingabemaske und Suchfunktion findet ihr euch schnell zurecht und könnt euch sofort auf die Suche nach der neuen Wohnung oder dem passenden Job machen.

Eine weitere Besonderheit, sind von der ÖH

erarbeitete und vorgeschriebene Kriterien, die sicher stellen, dass keine prekären oder unseriösen Inserate geschaltet werden können. Die Wohnbörse bietet außerdem ausnahmslos provisionsfreie Wohnungen an. Darüber hinaus werden Informationen zu Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsrecht kompakt gebündelt. Für die angebotenen Praktika gilt das Gütesiegel Praktikum der ÖH: Wichtig sind zum Beispiel ein schriftlicher Vertrag, oder dass die Aufgabendefinition des Betriebes mit dem Bildungsziel der Hochschule übereinstimmt. *PG*

POLITIK

Bohren dicker Bretter

Zweimal im Jahr findet der *Equal Pay Day* statt: Einmal im Frühling, um aufzuzeigen, wann Frauen das Gehalt erreichen würden, das Männer schon mit Jahresende verdient haben, und einmal im Herbst, um deutlich zu machen, ab welchem Zeitpunkt Frauen den Rest des Jahres quasi gratis arbeiten. Denn Frauen verdienen im Schnitt um 25 Prozent weniger als Männer. Diese Zahl ergibt sich aus den Brutto-Jahreseinkommen aller Vollzeitbeschäftigten, ohne Rücksicht auf unterschiedliche Berufswege. Daran zeigt sich auch, dass Frauen öfter als Männer in Bereichen tätig sind, die schlecht entlohnt werden. Das sollte prinzipiell Diskussionen darüber auslösen, warum Frauen in gewisse Branchen gedrängt werden, und warum ausgerechnet diese schlecht bezahlt werden. Wenn man nun auch noch die Faktoren Alter, Ausbildung, Beruf, Branche und Dauer der Betriebszugehörigkeit wegchnet, bleiben weiterhin zwölf Prozent Einkommensunterschied, die nicht – beziehungsweise nur aus einem asymmetrischen und ungerechten Geschlechterverhältnis – erklärt werden können. Dadurch fehlen bei einem durchschnittlichen Einkommen von 2.000 Euro im Monat Frauen knapp 3400 Euro im Jahr – ein Betrag, auf den wohl niemand, weder Frau noch Mann, freiwillig verzichten wollen würde.

Noura Maan

Verzögerte Erinnerung

20 Kilometer nördlich von Brünn liegt Hodonín. Mitten im böhmisch-mährischen Plateau gelegen, windet sich – von Süden kommend – eine Landstraße zu der kleinen, versteckt gelegenen Gemeinde hinauf. Verlässt man Hodonín nordöstlich auf derselben Straße, gelangt man nach etwa 500 Metern zu einer Abzweigung, die in den Wald hineinführt. Wer an dieser Stelle abbiegt, kommt zu einem umzäunten Areal, das auf einem Abhang gebettet und von Bäumen umgeben, von der Straße aus nicht sichtbar ist. Hinter dem Zaun befinden sich ein großes Haus und mehrere kleine Holzhütten. In der Mitte eine etwas größere Baracke mit gemauerten Schornsteinen, daneben ein Swimmingpool. Keine Menschenseele. Vor dem Zaun ein großer Stein mit goldener Inschrift.

Zwischen Mai und August 1943 wurden aus Hodonín 849 Menschen in Lastwägen direkt nach Auschwitz II (Birkenau) deportiert. Im Protektorat Böhmen und Mähren war Hodonín eines von zwei „Zigeunerlagern“, in denen gemäß der NS-deutschen Reichsverordnung „Bekämpfung der Zigeunerplage“ Frauen, Männer und Kinder inhaftiert waren, die als „Zigeuner“, „Zigeunermischlinge“ oder „nach Zigeunerart Umherziehende“ klassifiziert wurden. Im mährischen Hodonín und dem böhmischen Lager Lety leisteten die InsassInnen unter einem rigorosen Strafbataillon und verheerenden hygienischen Bedingungen Zwangsarbeit. Es brachen Epidemien aus, Hunderte starben an Typhus und Fleckfieber. Etwa 8000 tschechische Roma, deren Namen in Listen erfasst wurden, kamen nach Auschwitz. Knapp 1000 überlebten, 600 kehrten in ihre Heimat zurück.

SPÄT EINGESTANDENE SCHULD. Da der Holocaust in den Schulbüchern der ČSSR, der tschechoslowakischen sozialistischen Republik, gänzlich ausgespart wurde, war es auch lange Zeit ein Tabu, über die Verfolgung von Angehörigen der Roma-Minderheit zu sprechen. Gedenken fand bis zur Revolution 1989 ausschließlich im geheimen Kreis der Betroffenen statt, daran änderte sich auch in der Tschechoslowakei nach der Wende zunächst nichts. Der Knalleffekt kam 1994, als Paul Polansky, ein amerikanischer Hobbyhistoriker, den tschechischen Staat der Vertuschung eines Völkermords bezichtigte. Eine Gruppe ehemaliger Dissidenten griff Polanskys Anschuldigungen auf und erhob Anklage gegen die Tschechische Republik. Erstmals wurde die tschechische Bevölkerung, und nicht, wie zuvor, die deutschen Nazis, offen mit der Frage der Schuld und der MittäterInnenschaft konfrontiert. Die Untersuchungen ergaben, dass an jeglichen Elementen der Verfolgung – von der Administration bis zu den Erschießungskommandos in den Lagern – durchwegs tschechische BeamtInnen beteiligt gewesen waren. Unter den Überlebenden und jenen geschätzt 300.000

Etwa 8000 tschechische Roma fielen zwischen 1939 und 1944 dem Holocaust zum Opfer. Über einen Kampf ums Gedenken, bei dem kein Ende in Sicht ist.

slowakischen Roma, die heute in Tschechien leben, überwog ab diesem Zeitpunkt die Angst, Opfer rassistischer Übergriffe zu werden: Insbesondere nach der Gründung der Republik erklimmte der Hass gegen Roma als lebendiges Relikt einer ungeliebten Ära neue Höhen. Die meisten Betroffenen der NS-Verfolgung, die als ZeitzeugInnen für historische Recherchen helfen wollten, baten um Anonymität. Dennoch wurde 1998 das „Komitee für die Entschädigung des Roma-Holocaust“ gegründet, dessen Präsident Čeněk Růžička, Sohn eines Überlebenden des KZ Lety, seither der wichtigste Ansprechpartner auf Seiten der Roma ist. 2001 erhielten erstmals auch Roma Entschädigungszahlungen, die Tschechien seit Ende der 1990er an Holocaust-Opfer zahlte. Der öffentliche Diskurs um die Erinnerung kam erst nach dem EU-Beitritt Tschechiens ins Rollen, als im Brüsseler Sitz des EU-Parlaments die Ausstellung „Lety – Die Geschichte eines verschwiegenen Völkermords“ gezeigt wurde. Initiator war Milan Horáček, gebürtiger Tscheche und Europaabgeordneter für die deutschen *Grünen*. In Tschechien entpuppte sich der amtierende konservative Präsident Václav Klaus als Vertreter einer revisionistischen Position, der äußere Umstände (Flecktyphus-Epidemie in einem Lager für „Arbeitsscheue“ des Protektorats) für den Tod von Lagerinternierten machte. Dieses Paradigma fiel, als der damalige sozialdemokratische Premierminister Jiří Paroubek öffentlich zu Protokoll gab, dass das ehemalige Lager wohl tatsächlich ein KZ gewesen sei. Die Ausstellung wurde daraufhin in den Tschechischen Senat verlegt, und Paroubek setzte mit seinem Besuch eine symbolische Geste der Anerkennung.

DAS SYMBOL LETY. Wer in Tschechien Lety hört, denkt jedoch sofort an die sich heute dort befindende Schweinemast. In den vergangenen Jahren konnte die tschechische Regierung das Versprechen, die Farm den Besitzern abzukaufen und dem Komitee zur Errichtung eines Mahnmals zur Verfügung zu stellen, dazu nutzen, mit der antiziganistisch gefärbten Einstellung der Mehrheitsbevölkerung zu spielen. Als 2008 der Kauf des Areals kurz bevorstand, verlautbarte Premier Paroubek, man wolle die angeblich benötigten 25 Millionen Dollar doch lieber in das Bildungsniveau sozial

benachteiligter Roma-Kinder investieren. Seit einigen Jahren fragt das Europäische Parlament regelmäßig nach „Fortschritten“ in der Sache Lety. Der Grund dafür ist, dass eine Resolution des Europäischen Parlaments, die allgemeine Standards für einen menschenwürdigen Umgang mit der europäischen Roma- und Sinti-Minderheit definierte, als einzige konkrete Forderung an einen konkreten Mitgliedsstaat die Schließung der Farm enthielt.

Um von Lety abzulenken, bemühte sich die tschechische Regierung um eine „Ersatzleistung“, was 2009 den Lagerort Hodonín zurück auf die Bildfläche brachte. Es sollte ein „internationales Forschungs- und Ausbildungszentrum“ für Schulklassen auf dem Arsenal entstehen. Doch auch drei Jahre später sucht man dieses vergebens. Nur der Gedenkstein gibt etwaigen BesucherInnen ein sicheres Indiz, dass sie hier überhaupt richtig sind. Seitens der Mediensprecherin des Museums heißt es auf Anfrage, dass man „mit dem Projekt schon seit Längerem nichts mehr zu tun“ habe. „Bitte wenden Sie sich an das Pädagogische Museum in Prag.“ Der Verantwortliche in Prag kann zu seiner eigenen Arbeit keine nähere Auskunft geben, man beschäftige sich aber intensiv mit den Plänen für eine Gedenkstätte.

EUROPÄISCHE WILLKÜR? Die Sturheit im Umgang mit Lety und die zeitweilige Ignoranz gegenüber Forderungen der Hinterbliebenen fügt sich gut in ein Bild Tschechiens als Land ein, dessen Probleme von der wachsenden Zahl gewaltsamer rassistischer Übergriffe bis zur selbstverschuldeten Ohnmacht gegenüber einer verelendeten und zusehends sozial isoliert lebenden Minderheit reichen. Was dabei schnell übersehen wird: „Zigeunerlager“ gab es nicht nur in Tschechien. Und: Antiziganismus ist ein europäisches Problem, das alle EU-Mitgliedstaaten betrifft. In Österreich wurde zuletzt wegen des Verbots des sogenannten „bandenmäßigen Bettelwesens“ über die Kriminalisierung einer ohnehin stigmatisierten Bevölkerungsgruppe – nämlich jener der Roma und Sinti – diskutiert. Im burgenländischen Lackenbach waren nach dem „Anschluss“ 2300 Roma unter KZ-ähnlichen Bedingungen inhaftiert. 1941 erfolgte die Deportation von 5000 Burgenland-Roma in das Ghetto Łódź in Polen. Niemand überlebte. Weitere 2900 wurden 1943 direkt nach Auschwitz deportiert. In Lackenbach steht schon lange ein Mahnmal. Ob es jemand kennt?

Rita Korunka studiert Politikwissenschaft an der Uni Wien.

Ein Feiertag in der Zwickmühle

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht bedingungslos. Ein Kommentar über beklemmende Trauer, Freude und Stille beim österreichischen Gedenken an das erfreuliche Ereignis.

Foto: Linnéa Jänen

Der 8. Mai, der Tag des Sieges der Alliierten über Nazideutschland im Jahr 1945, wird in Österreich nicht als offizieller Feiertag begangen. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Staaten Europas ist die Bedeutung des 8. Mai in Österreich keine so klare Angelegenheit. Dem 8. Mai wird jedoch nicht nur vom offiziellen Österreich wenig Beachtung geschenkt, er hat auch für weite Teile der Bevölkerung keine Bedeutung. In den Medien finden sich höchstens kurze Meldungen zu den traditionellen Auseinandersetzungen zwischen rechtsextremen Burschenschaftlern, die den 8. Mai mit Fackeln in der Hand und Tränen in den Augen als Tag der totalen Niederlage betrauern, und linken Antifaschist_innen, die den skurrilen Traueraufmarsch verhindern oder zumindest stören möchten. So scheint es, dass dieser Tag lediglich für die extreme Rechte und ihre expliziten Gegner_innen eine gewisse Bedeutung hat.

TRAUERTAG DER EXTREMEN RECHTEN. Das Bild, das sich am 8. Mai rund um den Heldenplatz bietet, hat sich in den letzten Jahren kaum verändert: Großräumige Sperrungen ermöglichen es den Burschenschaftlern in voller Montur, den „Alten Herren“, den FPÖ-Abgeordneten und den unauffällig gekleideten Neonazi-Kadern – 2004 lauschte etwa die mittlerweile inhaftierte Neonazi-Ikone Gottfried Küssel der Trauerrede Heinz-Christian Straches –, mit Fackeln und Trommelbegleitung von der Mölker Basti zum Heldenplatz zu marschieren. Dort angekommen, werden pathetische Reden zum Besten gegeben und am Ende das „Lied vom guten Kameraden“, der Gassenhauer der Ewiggestrigen, angestimmt. Die antifaschistische Gegendemo fand in den letzten Jahren, abgeschirmt von mehreren Reihen Polizist_innen, vor den Toren des Heldenplatzes statt. Für die extreme Rechte und ihre parlamentarische Vertretung, die FPÖ, ist der 8. Mai traditionellerweise eine politische Bekenntnisfrage. Blaue Politiker_innen, die an diesem Tag gemeinsam mit Burschenschaftlern und Neonazis zum Heldenplatz ziehen, verstecken ihre Interpretation des 8. Mai meist hinter der allgemeinen Floskel, es gehe ihnen um das Gedenken an „alle Opfer des Krieges“. In diesem Sinne erwähnte der damals frisch gebackene FPÖ-Parteichef Strache bei seiner „Totenrede“ auf dem Heldenplatz 2004 auch die Häftlinge der Konzentrationslager, um sie dann sogleich mit den „Opfern des alliierten Bombenterrors“ und den „Millionen heimatvertriebenen Deutschen“ gleichzusetzen, für die „das Kriegsende aber keine Befreiung gewesen“ sei. Hier wird einerseits eine klassische Vermischung von Opfern und Täter_innen betrieben: Alle waren irgendwie Opfer des Krieges, egal auf welcher Seite sie standen. Andererseits knüpft Strache an die Narrative derjenigen an, für die der 8. Mai 1945 tatsächlich ein Tag der Niederlage war, weil sie mit Überzeugung und Begeisterung für ein „Tausendjähriges Reich“ gekämpft hatten.

FEIERTAG DES ANTIFASCHISMUS. Für einen nicht so kleinen Teil der Gesellschaft – in Österreich gab es immerhin circa 700.000 NSDAP-Mitglieder – war der 8. Mai 1945 also eher ein Tag der Niederlage. Für jene, die verfolgt wurden, in den Konzentrationslagern litten, um ihr Leben fürchten mussten, war dieser Tag jedoch tatsächlich eine Befreiung, die es zu feiern galt. 1946 wurde rund um den 8. Mai ein dreitägiges Fest organisiert, das in den Folgejahren jedoch immer mehr

an Bedeutung verlor. Um diesen Widerspruch zwischen Befreiten und Kriegsverlierer_innen zu kaschieren, wurde der 8. Mai 1945 zu einer „Stunde Null“ uminterpretiert, von der aus sich alle politischen Lager gemeinsam für ein freies Österreich einsetzten. „Österreich ist frei“, hieß es dann erst bei der Staatsgründung 1955. Damit sich Österreich als „Opferkollektiv“ konstituieren konnte, musste es sich zuerst von der konkreten Befreiung vom Nationalsozialismus „befreien“. Der Anspruch, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu begreifen, ist somit nur schwer vereinbar mit den Gründungsnarrativen der Nation Österreich.

Heute rufen Antifaschist_innen rund um den 8. Mai dazu auf, diesen Tag gebührend zu feiern. Aber auch das birgt die Gefahr, Österreich wieder als „erstes Opfer“ zu begreifen, als „macht- und willenlos gemachtes Volk“, das 1945 endlich von der Fremdherrschaft befreit wurde. Wenn anstatt einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der postnazistischen Gesellschaft das „andere“, „bessere“ Österreich sich selbst abfeiert, wird der Widerspruch, auf dem Österreich beruht, erneut zugedeckt.

VERWEIGERUNG FEIERN. Ein Bezugspunkt für den 8. Mai, der kaum patriotisch instrumentalisierbar ist, wäre Desertion, Befehlsverweigerung und Flucht aus Verbänden der deutschen Wehrmacht. Das Sichtbarmachen von Deserteuren würde den Widerstreit der unvereinbaren Positionen von Widerstandskämpfer_innen und Deserteuren einerseits und den Täter_innen andererseits offenlegen, der durch das Gründungsnarrativ Österreichs verdeckt wird. Dass es für einen Staat kaum möglich ist, sich auf „Verrat“ positiv zu beziehen, zeigt jedoch die bis heute kontrovers geführte Debatte über den Umgang mit dem Andenken an Wehrmachtsdeserteure. Bis Herbst 2009 hat es gedauert, dass die Republik Österreich sich dazu durchringen konnte, die Opfer der NS-Militärjustiz zu rehabilitieren und die Urteile gegen sie aufzuheben. Die Forderung nach einem Denkmal, das Desertion und Fahnenflucht aus der Wehrmacht als widerständigen Akt würdigt, steht bis heute im Raum. Das Beispiel der Deserteure straft außerdem den Opfermythos und die Rede von der Willen- und Machtlosigkeit Lügen, indem es aufzeigt, dass es Möglichkeiten gab, gegen den Nationalsozialismus Widerstand zu leisten.

Die Frage, welche Rolle dem 8. Mai aus antifaschistischer Perspektive beigemessen wird, lässt sich nur angemessen beantworten, wenn ein konkreter historischer Bezug geschaffen wird. Fehlt diese Verbindung, beläuft sich das alljährliche Begehen dieses Tages auf bloßes Feiern, das jeder Grundlage entbehrt, oder auf eine patriotische Vereinnahmung durch das „bessere“, „andere“ Österreich. Die positive Bezugnahme auf Verweigerung, Ungehorsam und „Verrat“ als Charakteristika, die die Handlungen der Deserteure auszeichnen, bietet einen Ansatzpunkt, von dem aus der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, jenseits identitärer Instrumentalisierung und inhaltlicher Verflachung, gefeiert werden kann.

Jakob Falkinger und Peter Larndorfer studieren Philosophie, Romanistik und Geschichte an der Uni Wien.

DER SIEG DER ALLIIERTEN 1945

29. MÄRZ 1945: Die Rote Armee befreit Klostermarienberg im Burgenland
6. APRIL: Rote Armee erreicht Wien. Kampflösen Übergabe Wiens scheitert, heftiger Häuserkampf zwischen *Roter Armee* und *Volkssturm* bzw. der HJ. SS patrouilliert in Straßen und erschießt desertierte Wehrmachtssoldaten.
10. APRIL: Teppichhaus *Haas* geht

in Flammen auf. Funkenflug löst den Brand des Stephansdoms aus – das Sinnbild Österreichs als „erstes Opfer des Nationalsozialismus“.
13. APRIL 1945: Kampf um Wien beendet, die rote Fahne wird am Parlament gehisst. Von den mehr als 200.000 Juden und Jüdinnen, die im März 1938 in Wien gelebt hatten, erleben nur mehr

5243 hier die Befreiung.
27. APRIL 1945: SPÖ, ÖVP und KPÖ unterzeichnen Proklamation der Selbstständigkeit Österreichs. Die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung jüdischer Österreicher_innen bzw. von Angehörigen der Volksgruppen der Roma und Sinti sowie die Beteiligung zahlreicher Österreicher_innen an

den NS-Verbrechen wird darin nicht erwähnt.
5. MAI 1945: US-Amerikanische Truppen befreien das KZ Mauthausen.
8. MAI 1945: Die Wehrmacht kapituliert bedingungslos in Berlin. Der 8. Mai ist in vielen europäischen Staaten bis heute als „Tag der Befreiung“ ein gesetzlicher Feiertag.

„Die Sanktionen wirken“

Die deutsch-iranische Publizistin Saba Farzan gibt dem Regime Irans nur mehr wenige Jahre an der Macht. Flora Eder erzählte sie von der iranischen Studierendenbewegung, vom Kampf für Frauenrechte und von gefälschten Wahlen.



Foto: Johanna Rauch

PROGRESS: Das Lager des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad wurde bei den Parlamentswahlen im März abgestraft. Wird sich im Iran nun etwas ändern?

Farzan: Nein, das bedeutet das Wahlergebnis definitiv nicht. Außerdem kann man leider nur von einer Wahlfarce sprechen. Von vornherein war die Auswahl der Kandidaten vom Wächterrat fixiert. Aber es regt sich starker Widerstand. Das Regime hätte zwar gerne, dass der Iran ein zweites Nordkorea wird, aber mit der jungen Generation geht das nicht. Sie boykottierten ja auch die Wahl: Das ist die einzige vernünftige Art, mit einer solchen Wahlfarce umzugehen.

Hat der Boykott der Opposition also etwas gebracht?

Sagen wir so: Witzig finde ich, dass im Iran angeblich 64,2 Prozent der Bevölkerung gewählt haben – und wenige Tage zuvor in Russland ebenso 64,2 Prozent. Bei beiden Wahlen können wir davon ausgehen, dass das eine Zahl ist, die von den staatlichen Medien ausgegeben wurde, und dass die tatsächliche Wahlbeteiligung deutlich niedriger ist. Auch wenn wir nicht genau wissen, wie hoch die Teilnahme am Boykott war, so war er auf jeden Fall deutlich und erfolgreich.

In österreichischen Medien wurden die Gegenkandidaten von Ahmadinejad als

konservativ dargestellt. Passt dieses Wort?

Konservativ wäre zu nett. Es geht um fundamentalistische Positionen, sowohl nach innen als auch nach außen. In diesem Regime gibt es keine Schattierungen, keine verschiedenen Fraktionen, die für unterschiedliche

„Die Repression ist fast nicht mehr in Worte zu fassen – so stark ist sie. Trotzdem geht der Protest von 2009 weiter.“

Positionen stehen. Von daher ist der zur Schau gestellte „Pluralismus“ ein PR-Manöver des Regimes gewesen, damit die internationale Staatenwelt getäuscht und vom wahren Charakter des Regimes abgelenkt wird.

2009 hast du dich im Rahmen eines Vortrags sehr optimistisch gezeigt, dass das schon der Anfang des Endes des Regimes sei. Wie siehst du das heute?

Die Zeit arbeitet für uns. Die Sanktionen wirken. Der Druck auf das Regime ist sehr groß. Es ist ja nicht durch Legitimität, nicht durch demokratische Wahlen, nicht durch irgendeine Art der Unterstützung aus der Bevölkerung an der Macht. Sondern es ist einfach nur durch Repression an der Macht geblieben

und das reicht nicht, um auf Dauer weiterzumachen.

Wie stark ist die Opposition derzeit, wie stark ist die Repression?

Die Repression ist menschenverachtend und sie ist so dermaßen groß, dass sie an die Anfangszeit dieser Diktatur erinnert, mit unglaublich vielen Todesurteilen, die in den letzten zwei Jahren ausgesprochen und vollstreckt wurden. Mit unglaublich hohen Gefängnisstrafen für politische und gesellschaftliche AktivistInnen. Trotzdem geht der Protest von 2009 weiter. Er hat aber andere Formen angenommen und ist nicht mehr auf den Straßen des Irans unterwegs. Aber in der Blogosphäre ist er sehr aktiv und hat sich auch in der Substanz verändert: Es geht um das Ende des Regimes und nicht mehr einfach nur um Reformen.

Zeigt sich das auch in der Popkultur?

Ja. Beispielhaft finde ich einen aktuellen Rap-Song, der die Solidarität mit der syrischen Freiheitsbewegung ausdrückt. In dem Text geht es darum, dass die ganze Welt über Israel spricht, während in Syrien tausende Menschen ermordet werden und nichts dagegen getan wird. Es gibt also eine Solidarität auch mit anderen Bewegungen im Nahen Osten, und das ist eine Bewegung, die sich klar gegen Antisemitismus und Antizionismus stellt. Vor zehn, fünfzehn Jahren hätte es das noch nicht gegeben.

Und wie verhält sich das in puncto Frauenrechte?

Schon vor 2009 gab es die Initiative für die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern, und das war eigentlich der Vorläufer für die Protestbewegung 2009. Denn bei den Frauenrechten sieht es im Iran genau so schlecht aus wie vor drei Jahrzehnten, als das Regime an die Macht gekommen ist. Die Islamische Republik versucht die Frauen zurück an die Kochtöpfe zu drängen. Die Iranerinnen machen das aber nicht mit. Das wurzelt auch in ihren eigenen Familien, weil die jüngere Generation der Iranerinnen schon sehr starke Mütter und Großmütter erlebte, die eben teilweise schon säkular geprägt waren, kein Kopftuch trugen und zu Hause in ihren privaten Räumen aufgeklärte Religion gelebt haben.

Es studieren besonders viele Frauen an iranischen Universitäten – trotz der starken Diskriminierung. Wie äußert sich die?

1982 gab es eine Art kulturelle Revolution an den Universitäten. Davor war es so, dass Frauen zu fast zwei Drittel der naturwissenschaftlichen Fächer nicht zugelassen waren. Das hat sich mittlerweile geändert. Nicht geändert hat sich allerdings, dass Studentinnen einer unglaublichen Benachteiligung ausgesetzt sind – es ist ja auch ein Bildungssystem, das von einem Regime geschaffen wurde, das Frauen als minderwertig

betrachtet. Die junge Generation arbeitet aber stark autodidaktisch. Denn an den Unis lernen sie nicht akademisches Wissen, sondern Linientreue.

Worin unterscheidet sich der Alltag einer iranischen Studentin am meisten von dem einer österreichischen Studentin?

Im privaten Bereich unterscheidet sich der Alltag bestimmt überhaupt nicht. Er unterscheidet sich nur dann, wenn man einen Fuß vor die Haustür setzt. Zentral ist die Zwangsverschleierung. Es geht damit weiter, dass an den Universitäten die Geschlechter getrennt sind, und eigentlich separate Eingänge benutzt werden müssten – das wird aber boykottiert. Junge Frauen werden aufgrund ihres Make-Ups schikaniert und sind massiven Repressionen durch die Universitäten ausgesetzt. Studentinnen können sich auch in Studierendenvertretungen nicht politisch engagieren. All diese Geschichten müssen im Iran im Untergrund stattfinden. Viele der StudentInnen sind dafür auch im Gefängnis gelandet und wurden teilweise auch mit sehr hohen Haftstrafen bestraft. Der Mut ist aber keineswegs gebrochen.

Wie setzt sich denn die Studierendenbewegung aus sozialer Sicht zusammen?

Studieren ist im Iran eine sehr teure Angelegenheit. Es gibt Studiengebühren, die selbst für Familien aus der Mittelschicht nicht einfach zu tragen sind. Und das Schulsystem ist immer noch aus der Schah-Zeit. Wenn die Leute ihr Abitur gemacht haben, steht noch eine Aufnahmeprüfung für die Uni an. Die Vorbereitungszeit dafür beansprucht manchmal ein ganzes Jahr. Privatinstitutionen bereiten auf diese Prüfung vor – auch das kostet Geld. Trotzdem versuchen auch Familien aus ärmeren Schichten mit großem Aufwand, ihre Kinder auf die Unis zu bringen.

„Junge Frauen werden aufgrund ihres Make-Ups schikaniert und sind Repressionen durch die Universitäten ausgesetzt.“

Wie verhält es sich mit Protest gegen das staatliche Vorgehen gegen homosexuelle Personen?

Obwohl die iranische Gesellschaft modern ist, ist Homosexualität noch ein Stück weit Tabuthema. Wenn, dann wird Homosexualität innerhalb der Familien geschützt. Es gilt hier aber noch immer sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Das Regime geht brutal gegen Homosexuelle vor, verhaftet sie, setzt sie massiver Repression aus und hängt sie an Baukränen auf. Das macht natürlich auch Aufklärungsarbeit sehr schwierig. Aber die junge Generation kriegt über das Internet mit, dass die Rechte von Homosexuellen in der westlichen Welt sehr wohl ein Stück weit gesichert sind.

Ahmadinejad sagte ja einmal, im Iran gebe es keine Homosexualität.

Ja, weil das Regime ja auch versucht, so viele wie möglich zu erhängen.

Greifen die Sanktionen gegen das iranische Regime?

Die Sanktionen greifen nicht nur, sondern sie schädigen massiv die Geschäfte und den täglichen Handel des Regimes. Das ist immer eine gute Nachricht. Natürlich treffen die Sanktionen aber auch die Bevölkerung. Sie ist aber bereit, das

in Kauf zu nehmen: Sie wollen, dass dieses Regime bankrottgeht. Das ist der Preis, den wir zahlen müssen. Sie wissen auch, dass die Sanktionen die einzige Möglichkeit sind, um eine militärische Intervention zu verhindern. Das Regime selbst ist in sich zerstritten, und eigentlich dabei, sich selbst zu zerlegen. Da wird die Wirkung der Sanktionen in den kommenden Wochen noch stärker sein.

Wie lang hat das Regime also noch Zeit?

Ich bin leider keine Hellseherin – ich kann kein Datum nennen. Aber ich hoffe und bin recht zuversichtlich, dass diese Parlamentswahlen im März die letzten der Islamischen Republik waren.

Die Autorin Flora Eder studiert Politikwissenschaft im Doktorat an der Uni Wien.

Saba Farzan ist deutsch-iranische Publizistin und Autorin. Sie studierte an der Universität Bayreuth Theaterwissenschaft, Amerikanische Literaturwissenschaft und Soziologie mit Forschungsaufenthalten in New York und an der Yale University.

Pufferzone zum Arabischen Frühling

Was das Mittelmeer im Süden ist, ist die Türkei im Osten: Hier muss durch, wer nach Europa will.

Ungefähr so groß wie St. Pölten ist Reyhanli, die südosttürkische Grenzstadt, an deren Rand eines der drei großen Auffanglager für syrische Flüchtlinge steht. 25.000 SyrerInnen sind in den drei Lagern untergebracht, die Erdogans Republik zur Verfügung stellt. Um dauerhaften Aufenthalt geht es bei diesen Flüchtlingen nicht. Sie sind Spielball der internationalen Politik, in der das NATO-Mitgliedsland Türkei sich eine immer gewichtiger Rolle erarbeitet. Einem Syrer hat die Türkei dagegen Asyl angeboten: dem syrischen Diktator Bashar al-Assad. Ein Detail am Rande, das verdeutlicht, dass sich die Türkei als Maklerin der Interessen zweier Welten – jener der Europäischen Union im Westen und jener der instabilen Regimes im Osten – positionieren will.

Das zeigt auch eine andere Geschichte aus Reyhanli: NGOs und JournalistInnen war der Zutritt zu den Flüchtlingslagern bisher verboten. Weil die Türkei sich noch nicht endgültig entschieden hat, auf wessen Seite sie im syrischen Konflikt steht, will sie nicht, dass zu viele Geschichten der Flüchtlinge an die Öffentlichkeit kommen, sagt Senay Özden, Migrationsforscherin an

der Istanbuler Koc Universität. Ein Regimewechsel in Syrien mischt die Karten der gesamten Region neu: Von Teheran bis Gaza und von Manama bis Bagdad wird nichts mehr so sein, wie es war, wenn Assad fällt. Wenn sich allerdings der UN-Sonderbeauftragte für Syrien ankündigt, muss die Türkei die Tore zu den Lagern öffnen. Mit Kofi Annan kommen JournalistInnen, deren Berichte von syrischen Flüchtlingen einen neuen Blickwinkel auf den Konflikt ermöglichen. Es ist ein diplomatisches Schachspiel.

EINWANDERUNGSLAND TÜRKEI. Die Europäische Union braucht Erdogans Republik in der Flüchtlingsfrage ganz unabhängig von der akuten Situation in Syrien als Partnerin. Die Türkei ist längst vom Auswanderungs- zum Einwanderungs- und Transitland geworden. Für europäische Anti-Einwanderungs-HardlinerInnen ist sie die letzte Befestigung vor den Toren der Union. Die Zahl der Flüchtlinge, die sich in der Türkei beim UNO-Flüchtlingsrat um Asyl bewerben haben, stieg von 2006 bis 2008 von 4500 auf 12.980. Und das war vor dem Arabischen Frühling. Für Flüchtlinge aus Asien und Afrika kommt erschwerend

hinzu, dass in der Türkei die Genfer Flüchtlingskonvention, die weitreichenden Asylschutz bietet, nur für Schutzsuchende aus Europa gilt. Dennoch: In der türkischen Asylpolitik haben Zivilgesellschaft, NGOs und der UNHCR zuletzt entscheidende Fortschritte erkämpft. Zwar müssen Asylberechtigte nach wie vor in zugewiesene Städte weit entfernt von den Metropolen Istanbul und Ankara ziehen und haben dort eine Melde- und Residenzpflicht. Aber sie bekommen seit 2008, zumindest am Papier, eine Grundversorgung und den Anspruch auf medizinische Behandlung.

Damit der Druck auf die türkische Regierung wächst, alle Flüchtlinge gleich zu behandeln, braucht es eine Öffentlichkeit für deren Lage und Interesse an ihren Geschichten. Bis dahin fließt aber noch viel Wasser durch den Bosphorus. Denn für die Regierung Erdogan steht im Vordergrund, internationales Profil zu gewinnen und sich in Bezug auf die wackelnden Diktaturen an ihren Ostgrenzen möglichst alle Optionen offenzuhalten.

Paul Aigner studiert Pädagogik in Innsbruck und ist derzeit Praktikant beim Kulturverein „diyalog“ in Istanbul.



Foto: Christopher Glanzl

„Es ist zum Beispiel nicht mehr möglich, reine Männermannschaften aufzustellen.“

Permanentes Lästigsein

Barbara Blaha und Sylvia Kuba beleuchten in ihrem neuen Buch „Das Ende der Krawattenpflicht“ die schwierige Situation von Frauen in der Politik. Sigrid Maurer bat sie zum progress-Gespräch.

PROGRESS: Ihr habt euch nun ausführlich mit empirischen Studien zu Frauen in der Politik beschäftigt. Was sind die drei größten Hürden für Frauen, in der Politik zu bestehen?

Barbara Blaha: Erstens waren Frauen vom politischen Prozess historisch ausgeschlossen – sie konnten weder gewählt werden, noch durften sie wählen. Sie konnten auch die Regeln der Politik, die bis heute gelten, nicht mitgestalten. Zweitens ist die Politik ein sehr zeitaufwendiges Geschäft, insbesondere im kommunalen Bereich muss man unzählige Abendveranstaltungen, Feuerwehreffeste oder Stammtische besuchen. Da Reproduktionsarbeit nach wie vor ungleich verteilt ist, haben Frauen einen massiven Nachteil gegenüber ihren männlichen Kollegen, die über mehr Zeit verfügen und leichter in politische Positionen kommen können. Drittens gilt: Wenn sie es trotzdem schaffen, in die Politik einzusteigen, werden sie auch noch schärfer beurteilt, angefangen von Stilkritik über Fragen der Ressortverteilung bis hin zur Frage „Kann die das überhaupt?“.

Viele der Zahlen, die ihr im Buch aufarbeitet, sind sehr frustrierend – nur fünf Prozent der BürgermeisterInnen zum Beispiel sind weiblich. Gibt es auch etwas Positives zu berichten?

Sylvia Kuba: Es gibt Frauen, die politische Frontrollen innehaben und die Macht haben: Hillary Clinton, Angela Merkel oder Ségolène Royal zum Beispiel. Das sind Vorbilder, die Orientierung bieten.

Barbara: Dort, wo das Schlaglicht wirklich auf die Spitzen der Politik fällt, verändern diese Frauen auch. Es ist zum Beispiel nicht mehr möglich, reine Männermannschaften aufzustellen. Aber überall dort, wo die öffentliche Aufmerksamkeit nicht so groß ist, in der Kommunalpolitik beispielsweise,

bestehen noch eher mittelalterliche Verhältnisse.

Was waren die überraschendsten Ergebnisse bei eurer Recherche?

Barbara: Die neuesten Ergebnisse zur Kindererziehung: Acht von zehn Buben sagen, ihr Vater tröstet sie nicht, wenn sie weinen – da hätte ich gedacht, dass wir da schon weiter wären.

Sylvia: Was mich sehr überrascht hat, war, dass Virginia Woolf eigentlich schon alles gesagt hat. Sie argumentiert: Wenn Männer sich mit Fußball beschäftigen, ist das wichtig. Wenn Frauen sich mit Kleidung beschäftigen, dann ist das unwichtig. Sie entwickelt da zu einem sehr frühen Zeitpunkt in der Literatur eine wesentliche These, die wir in unserem Buch auch wieder aufgreifen.

In eurem Buch gibt es viele Hinweise auf Widersprüche zwischen Wahrnehmung und Erwartungshaltung an Frauen in der Politik. Wenn sich Frauen dominant verhalten, werden sie als „kalt“ wahrgenommen – wo doch gesellschaftlich Wärme erwartet wird. Solche Diskussionen sind auch in linken Gruppen durchaus üblich. Überladen nicht gerade Feministinnen die Politikerinnen mit Erwartungshaltungen?

Barbara: Auch die Linke ist natürlich nicht frei von Sexismus. Das ist eine Erfahrung, die auch ich in einem Jahrzehnt politischer Aktivität gemacht habe. Frauen haben die zusätzliche Schwierigkeit, dass sie mit der Erwartungshaltung konfrontiert sind, dass sie's ja genau richtig machen müssen: Weil sie ja Feministinnen sind, müssten sie genau wissen, wie man sich als Frau im politischen Feld verhält. Wir haben in unserem Buch aber auch aufgezeigt, dass es international in linken Fraktionen einen

höheren Frauenanteil gibt, weil Frauenpolitik dort einen höheren Stellenwert hat, Quoten implementiert sind. Dort ist klar, dass auch Frauen an der Spitze stehen sollen.

Euer Buch ist eine gute Zusammenfassung unzähliger Studien zum Thema, lässt die LeserInnen aber auch etwas ratlos zurück. Die Situation ist nicht gerade rosig, Tipps für Frauen in der Politik finden sich dennoch wenige. Warum habt ihr kein Kapitel zu Gegenstrategien geschrieben?

Sylvia: Wir hatten nicht den Anspruch, einen Ratgeber zu schreiben, sondern ein Buch, das Frauen dabei helfen soll, ihr eigenes Frausein und die eigene Wirkung in der Politik ständig mitzureflectieren. Dazu muss man wissen, welche Muster es gibt – das macht es leichter, damit umzugehen. Insbesondere zu wissen, dass die Dinge, die an einer Politikerin kritisiert werden, nicht an ihr selbst liegen. Wenn über ihre Frisur diskutiert wird, ist das kein Problem der Frisur, sondern liegt an der Tatsache, dass Frauen es schwer richtig machen können in diesem Bereich.

Was muss auf institutioneller Ebene getan werden, um den Einstieg für Frauen in die Politik zu erleichtern?

Barbara: Wichtig ist, sich anzuschauen, wo wir die Frauen in der Politik verlieren: Bis zum Alter von 19 Jahren engagieren sich sogar ein bisschen mehr Frauen als Männer, das beginnt mit 20 Jahren zurückzugehen. Wir sprechen da von der Berufseinstiegsphase, Familiengründungsphase – diese Frauen steigen Mitte 30 wieder ein. Männer haben 15 Jahre lang einen großen Vorteil, weil sie bereits an ihren politischen Karrieren basteln können, das ist für Frauen kaum aufholbar. Und auch wenn Frauen den Wiedereinstieg schaffen, haben sie

keine politische Hausmacht. Deshalb müssen sich Institutionen und Parteien fragen, wie dieser Übergang so gestaltet werden kann, dass Frauen nicht aussteigen, zum Beispiel durch neue Partizipationsmöglichkeiten.

Sylvia: Der zweite wichtige Punkt, den wir in unserem Buch ausgearbeitet haben, ist das Thema Prestige. Frauen wird weniger zugetraut und Frauen trauen sich auch selbst weniger zu. Deshalb ist es wichtig, Frauen in ihrer inhaltlichen Kompetenz zu stärken, also nicht nur Frauennetzwerke, sondern auch inhaltliche Netzwerke aufzubauen, die es den Frauen ermöglichen, Kompetenz zu erarbeiten. Ebenso liegt die Verantwortung bei den Parteien, Frauen auch bewusst als Expertinnen zu positionieren. Das ermöglicht es auch, dass Frauen in Politikbereiche hineinkommen, die nicht die „klassischen“ Frauenbereiche wie Familie und Soziales sind.

Die Frauenbewegung gilt als eine der erfolgreichsten politischen Bewegungen überhaupt. Innerhalb von wenigen Jahrzehnten hat sich sehr vieles verändert. Erwarten wir manchmal zu viel, was das Tempo der Veränderungen betrifft?

Barbara: Das ist kein Automatismus, auf den man sich verlassen darf: Wenn nur genügend Zeit vergeht, dann kommt schon Halbe-Halbe oder Reproduktionsarbeit wird dann gleichmäßig verteilt. Ich finde auch, dass das etwas ist, was wir von der Frauenbewegung sehr schön lernen können – dieses permanente Thematisieren, dieses permanente Lästigsein, Unbequemsein und Dinge – aufzeigen, das führt schlussendlich dazu, dass sich ein Mehr an Gleichberechtigung einstellt.

Die Autorin Sigrid Maurer studiert Soziologie an der Uni Wien.

TAKING BACK UTØYA

2012 wird es kein Sommerlager auf Utøya geben. Man ist derweil bemüht, die Insel emotional zurückzugewinnen.

Täglich strömen mehrere hundert Menschen auf die kleine, dicht bewaldete Insel, die etwa 30 Kilometer von der norwegischen Hauptstadt Oslo entfernt in einem Binnensee liegt. Grund ist eine Aktion der norwegischen ArbeiterInnenjugend AUF (Arbeidernes Ungdomsfylking). Die Insel Utøya, die am 22. Juli 2011 durch die Attentate Anders Behring Breiviks als Ort des Schreckens weltweit Bekanntheit erlangte, wurde in der letzten Märzwoche von der Jugendorganisation der Arbeiterpartei geöffnet, um mit den Menschen in Dialog zu treten.

WIEDERAUFBAU - PHYSISCH UND PSYCHISCH.

Um wieder ein Sommerlager auf Utøya veranstalten zu können, muss noch einiges getan werden. „Einige Gebäude sind bei dem Vorfall am 22. Juli beschädigt worden“, erzählt Gro Bratelli Jamholt. „Sorgfältige Arbeit ist notwendig, um Utøya wieder aufzubauen.“ Jamholt ist Projektleiterin bei den Aufbauarbeiten auf der Insel und sich der Schwierigkeiten der aktuellen Situation bewusst. „Der physische Schaden ist nicht beträchtlich und kann repariert werden“, meint sie: „Es ist ein größerer Aufwand, Utøya emotional zurückzugewinnen.“

Die Insel Utøya befindet sich seit 1950 im Privatbesitz der AUF und wird vorrangig für politische Lager, Kurse und Versammlungen anderer Art genutzt. Der 22. Juli 2011 hat die Insel verändert. 69 der etwa 600 Lager-TeilnehmerInnen wurden von dem Rechtsextremisten Breivik erschossen oder ertranken bei der Flucht. Trotz des Vorfalls wollte man Tage und Wochen darauf eine Neuauflage des Sommercamps im Jahr 2012 nicht ausschließen, dem Terror stattdessen entschieden entgegenzutreten. Nach dem Motto „Taking back Utøya“ postulierten AUF und Arbeiterpartei Stärke und Einigkeit.

Seit Ende Februar ist es nun aber beschlossen: Dieses Jahr wird es kein Lager geben. „Es ist praktisch unmöglich und es fühlt sich auch nicht richtig an, dieses Jahr ein politisches Sommerlager auf Utøya abzuhalten“, sagt AUF-Chef Eskil Pedersen im Interview mit der norwegischen Zeitung *Verdens Gang*: „Das neue Utøya muss erst noch bereit gemacht werden, bevor wir hier wieder ein solches Lager veranstalten können.“

DACHORGANISATION IN WIEN. Auch internationale Solidarität mit AUF soll helfen, den Weg zurück zum Alltag zu finden. Johan Hassel ist Generalsekretär der *International Union of Socialist Youth (IUSY)*, die ihren Sitz in Wien hat. „IUSY und AUF haben eine gute Kooperation und wir unterstützen AUF bei ihrem Vorhaben, Utøya zurückzugewinnen“, bestätigt Hassel.

Nur drei Tage nach den Attentaten Breiviks fand das *IUSY World Festival*, an dem insgesamt etwa 2500 junge AktivistInnen teilnahmen, am Attersee in

Oberösterreich statt. „Es wurden auch etwa 100 Personen erwartet, die direkt von Utøya zum Attersee kommen sollten“, erzählt Johan Hassel: „Wir teilen dieselben Werte und gehören derselben Organisation an.“

Die Attentate Breiviks haben in der Folge eine laute Debatte über einen spürbaren Rechtsruck in Skandinavien und generell in Europa ausgelöst: „Es ist wichtig, daran zu denken, dass die Anschläge in Oslo und Utøya von einem einzelnen Mann getragen wurden. Aber hinter ihm steht eine Ideologie. Eine rechtsextreme Ideologie, die die Menschen separieren will“, so Hassel. „Das haben wir in Europa schon einmal gesehen und wenn man Europa heute betrachtet, ist klar, dass es zurück ist.“ Umso wichtiger sei es, gegen jede Form von Diskriminierung einzutreten und den Wert einer multikulturellen Gesellschaft zu betonen, ist der IUSY-Generalsekretär überzeugt.

MEHR OFFENHEIT, MEHR DEMOKRATIE. Norwegens Ministerpräsident Jens Stoltenberg antwortete auf den Anschlag im letzten Sommer mit einem Aufruf zu noch mehr Offenheit und hielt die norwegische Demokratie hoch. In zahlreichen Medien wurde er für sein souveränes Vorgehen gelobt. Bei der Gedenkfeier am Osloer Rathausplatz drei Tage nach den Attentaten, zu der sich zwischen 150.000 und 300.000 Menschen versammelt hatten, herrschte neben Trauer auch ein wenig Euphorie. Unter dem Motto „Wir gemeinsam gegen Terrorhandlungen“ streckten die Trauernden ihre mitgebrachten Blumen in den Himmel.

„Morgen beweisen wir, dass die norwegische Demokratie sogar stärker geworden ist“, hatte Stoltenberg verkündet: „Niemand kann uns stumm bomben, niemand kann uns stumm schießen, niemand kann uns davor abschrecken, Norweger zu sein.“ Johan Hassel ist stolz auf die Reaktion seines Gesinnungsgefährten.

START-UP-PHASE. Neun Monate nach dem Anschlag auf Utøya steckt der Wiederaufbau der Campanlage noch in der Planung. „Wir befinden uns erst in der Start-up-Phase, konkrete Pläne werden veröffentlicht, wenn es soweit ist“, sagt Projektleiterin Jamholt und fügt noch hinzu: „Wir werden Utøya noch besser und schöner als vor dem 22. Juli gestalten, sodass neue Generationen junger Menschen in Zukunft den Ort in guter Erinnerung behalten können.“ Für den 22. Juli 2012 ist jedenfalls schon eine gebührende Markierung geplant. Um das Projekt Utøya unterstützen zu können, wurde auch ein Spendenkonto angelegt.

Linktip und Spendenkontodaten:
www.utøya.no/english.html

Der Autor Jan Hestmann studiert Globalgeschichte an der Uni Wien.

BREIVIKS IDEOLOGISCHE WIEGE

Der Pariser Jurist Bernhard Schmid widmete sich in seinem Buch dem komplexen Manifest Breiviks. Eine Rezension.

VERHARMLOSENDE DIAGNOSE.

Anders B. Breivik, der im Sommer 2011 in Oslo und auf Utøya 77 Menschen ermordete, wurde zunächst paranoide Schizophrenie attestiert. Die Öffentlichkeit bediente sich vorschnell und umstritten der psychischen Krankheit als Erklärungsmuster. Der Pariser Autor und Journalist Bernhard Schmid zeigt in seinem neu erschienenen Buch „Distanzieren, Leugnen, Drohen“ auf, dass es sich bei Breivik nicht um das Werk eines vereinzelt Unzurechnungsfähigen handelt, sondern um eine bewusste politische Positionierung weit rechts.

„NEUE RECHTE“. Breivik nimmt durchaus Bezug auf Rechts-Parteien und „anti-islamistische“ Organisationen in Europa. Schmid erkennt eine generelle Bestrebung in der Rechten, sich von Antisemitismus und NS-Ideologie zu distanzieren, einige „ideologische Verrenkungen“ hinnehmend. Solche Verrenkungen zeigen sich zum Beispiel anhand widersprüchlicher Aussagen entsprechender PolitikerInnen (u.a. *Front National*, *Vlaams Belang*, FPÖ). Bezugspunkt ist die – durchaus paranoide – Vorstellung einer organisierten „Islamisierung“ Europas durch Bevölkerungsaustausch, sowie einer Bedrohung der christlichen Werte und der abendländischen Kultur durch Multikulturalismus, Einwanderung und „Kulturmarxismus“.

NEUE VERBÜNDETE. Breivik sieht sich als „pro-israelischen Konservativen“ und als Bewahrer des Abendlandes. Israel wird als „Vorposten“ westlicher Zivilisation und Verbündeter gegen „den Islam“ gedeutet. Positionen, die sich auch in rechten Parteiprogrammen finden. Schmid's Buch bietet zwar keinen ideologiekritischen Tiefgang – ein Fazit gegen Ende des Buches wurde ausgespart –, dafür liefert die Lektüre eine gute Übersicht an Fakten zur „Neuen Rechten“.

Bernhard Schmid – *Distanzieren, leugnen, drohen: Die europäische extreme Rechte nach Oslo*, ed. Assemblage, 2011

Der Autor Michael Poirer studiert Philosophie an der Uni Wien.

Foto: wikimedia commons



SATELLITEN GEGEN KOKAPFLANZEN

In Bolivien wird im Rahmen von Modernisierungsvereinbarungen der Kampf gegen illegale Kokapflanzungen verschärft. Die neueste Satellitentechnik soll dabei behilflich sein. Zunächst soll die Überwachung in den Hauptanbauregionen im Regenwald erfolgen. Das Kauen von Kokablättern ist nach einer Gesetzesänderung wieder erlaubt. Daher wird in Bolivien ein Teil des Koka legal angebaut. Der Staatspräsident Evo Morales fordert seit Jahren gegen die UN-Drogenkonvention: „Ja zum Kokablatt! Nein zu Kokain!“ („Coca si! Cocaina no!“). (as)

Foto: Maria Jenna



ABZUG AUS AFGHANISTAN

Bis 2014 soll die militärische Verantwortung von der NATO an die afghanische Armee übergeben worden sein. Der Deutsche Bundestag reduzierte bereits im Jänner 2012 das deutsche ISAF-Kontingent am Hindukusch von rund 5300 auf 4900 SoldatInnen. Weitere 500 SoldatInnen sollen bis Jänner 2013 folgen. Nun plädiert Thomas de Maizière (CDU) für ein neues Abzugsmandat. Jedoch stellte er auch eine weitere Truppenpräsenz in Aussicht. Auch Guido Westerwelle (FDP) bekräftigte, dass Afghanistan nach 2014 „nicht im Stich gelassen werde“. (as)

Foto: Vanessa Eder



KORRUPTIONSSPARPAKET

Eine Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich Schneider veranschlagte den Korruptionsschaden in Österreich im Jahr 2011 auf 27 Milliarden Euro. Jetzt verstärkt die Spitze der Koalition ihre Anstrengungen, um das längst angekündigte „Transparenzpaket“ umzusetzen. Fragen, wie die, ob Kammern ins LobbyistInnenregister eingetragen werden sollen, ob Teilorganisationen vom neuen Parteienfinanzierungsgesetz erfasst werden und ab welcher Grenze Beschenkungen von PolitikerInnen strafrechtlich verboten sein sollen, müssen geklärt werden. (as)

Foto: Wien Museum



WIEN MUSEUM: BESETZT!

Das *Wien Museum* am Karlsplatz bereitet in einer Ausstellung mit unzähligen Originalmaterialien den „Kampf um Freiräume seit den 70ern“ in der Hauptstadt auf. Eindrucksvoll thematisiert die Ausstellung die Anfänge der Besetzungsbewegung in der Arena und dem ehemaligen Schlachthof St. Marx. Sie erzählt von den vielfältigen Menschen und Persönlichkeiten, die die Geschichte des Amerlinghauses geprägt haben, und erklärt, warum die Diskussion um die sinnvolle Nutzung von leerstehendem öffentlichem Raum immer noch für Gesprächsstoff sorgt. (nl)

Foto: UN Photo/Eskinder Debebe



FLÜCHTLINGE IMMER JÜNGER

Das Innenministerium spricht von 1300 jugendlichen Flüchtlingen. Die Erstbetreuungslager in Österreich sind mit der Situation überfordert, die speziellen Jugendhäuser ausgelastet. Jene Jugendliche, die in gewöhnlichen Heimen untergebracht sind, erhalten weder die notwendige psychotherapeutische Unterstützung, noch das Angebot, Sprachkurse zu besuchen. Durch die medizinisch umstrittene Methode, das Alter durch Untersuchung des Handwurzelknochens, Kiefers oder Schlüsselbeins festzustellen, werden die geflüchteten Kinder immer jünger. (nl)

Foto: Yannik Meyer



(UN)SOCIAL MEDIA

Zweifellos ist es leichter geworden, sich zu vernetzen und Ideen zu verbreiten. Das neue Phänomen Clicktivism, welches besonders durch die virale Kampagne KONY 2012 bekannt wurde, beschreibt die Kehrseite von Social Media: Die politisch aktiven InternetnutzerInnen engagieren sich oft nur mehr allein vor ihren Computern. Ein großer Teil der Diskussionen findet so nicht mehr draußen, sondern drinnen statt. Immerhin wird es bald warm. (ks)

Nine to Five Der Streit um die Arbeit

Wo kommt eigentlich unser Schrott hin und wer ist verantwortlich für den Honig auf dem Frühstücksbrot? Wer hilft den MigrantInnen dabei, Formulare auszufüllen und wie schaffen es die die BahnhofsarbeiterInnen, den Bahnhof Tag für Tag sauber zu halten? Hinter vielen Arbeiten, die als selbstverständlich betrachtet werden, stehen Menschen, die ihre Arbeit oft verdeckt leisten, und damit einen großen Beitrag zum Gelingen unserer Gesellschaft beitragen. Fotoreportage ab Seite 21.

Lukas Berger

Popsongs, die auf Arbeit pfeifen

Wer kennt es nicht: Das Gefühl, den Wecker beim Läuten frühmorgens erschlagen zu wollen, oder das Herbeisehnen des Feierabends an einem langen Arbeitstag. Erstaunlich viele Popsongs handeln vom Frust an und in der Arbeit. progress hat acht Anti-Arbeits-Songs für euch ausgesucht, die uns daran erinnern, wieso wir in der Früh doch lieber im Bett bleiben sollten.

Dolly Parton – „9 to 5“

„Workin’ 9 to 5
What a way to make a livin’
Barely gettin’ by
It’s all takin’
And no givin’“

Der Klassiker in unserer Liste. Dolly Partons „9 to 5“ eroberte 1981 die Charts und wurde die inoffizielle Hymne der amerikanischen Büroangestellten. An Aktualität hat der Song aber immer noch nicht verloren, und in Büros wird er auch heute noch gepfiffen – zum Beispiel in der progress-Redaktion.

Aesop Rock – „9 to 5 Anthem“

„We the American working population
Hate the fact that eight hours a day
Is wasted on chasing the dream of
someone that isn’t us“

Aesop Rock rappt über die Sinnlosigkeit von Arbeit, die wir im Grunde nicht leiden können, und die unseren wahren Bedürfnissen in keinsten Weise entspricht. Weil wir ja alle irgendwie unsere Kühlschränke füllen müssen und nach gesellschaftlicher Anerkennung gieren, gehen wir ihr aber dennoch nach und entfremden uns zusehends von uns selbst. Trist.

Tocotronic – „Mach es nicht selbst“

„Was du auch machst
Mach es nicht selbst
Auch wenn du dir darin gefällst“

Klare Ansage gegen die kapitalistische Arbeitsmoral. Für die Faulheit und gegen Fleiß, Ausrufezeichen. Tocotronic, selbst begeisterte Faulenzer, versuchen sich mal in dem Gedanken, einfach aufzuhören mit dem doofen „Tun“, dem sich unsere Gesellschaft so verschrieben hat. Denn wenn das alle machen würden, dann ...

Mark Bombastik – „Putzen“

„Die Wäsche waschen
den Boden wischen
das Hemd waschen,
abwaschen, staubsaugen,
putzen, putzen, putzen, putzen“

Auch Reproduktionsarbeit ist Arbeit, kann mit diesem Lied aber etwas unterhaltsamer ausfallen – wenn wir etwa im Takt zur Waschmaschine den Boden wischen. Bezahlt werden wir dafür aber trotzdem nicht.

Aloe Blacc – „I need a dollar“

„I had a job but the boss man let me go
He said: I’m sorry but I won’t be needing
your help no more
I said: Please mister boss man I need this
job more than you know
But he gave me my last paycheck and he
sent me on out the door.“

Durch die Durchsetzung sogenannter „neuer Arbeitsverhältnisse“ (Teilzeit, Freier DienstnehmerIn usw.) sind wir mit sehr unsicheren Arbeitsbedingungen konfrontiert, die es ermöglichen, jederzeit gekündigt zu werden. Wie beschissen das alles ist, davon handelt dieser Song.

Belle and Sebastian – „Step into my office Baby“

„I’m a slave to work
I’m only living when I walk amongst the
office staff
And catch up with the office wag
I’ll be in bed by nine
My curtains drawn
My thoughts composed
I get to work on time“

Wenn sich alles nur noch um die Arbeit dreht. Die Hymne der jungen Workaholics. So sieht es dann also im Hamsterad aus. Hört sich aber wohl nur bei Belle and Sebastian so luftig-locker und angenehm an.

Franz Ferdinand – „Jaqueline“

„It’s always better on holidays
so much better on holidays
that’s why we only work
when we need the money“

Diese Textzeile ist mittlerweile legendär und versüßte uns schon so manchen Partyabend. Was soll man dazu noch sagen. Am besten sofort Koffer packen, in den Urlaub fliegen und nie mehr wieder in die Arbeit zurückkehren. Hört sich nach einem guten Plan an.

Deichkind – „Arbeit nervt“

„Seelenklempner, Viehbefruchter,
Astronauten
Würden gern im Weltraum schunkeln,
schwofen, saufen
Profikicker, Paparazzi, Taxifahrer
Ehrgeiz ist die letzte Zuflucht des
Versagers“

Noch nie hat eine Band die Message so akkurat formuliert und unverblümt hinausgegrölt: Arbeit nervt! Außerdem erinnert sie daran, was man alles für tolle Dinge machen könnte, wenn man nicht schon wieder der lästigen Arbeit nachgehen müsste!



No Milk today

Am 1. Mai wird traditionell der „Kampftag der Arbeiterbewegung“ abgehalten oder der „Tag der Arbeit“ gefeiert. Von den beiden Bezeichnungen scheint sich die letztere durchgesetzt zu haben. Das liegt nicht nur an dem kämpferischen Ton der Alternative, welche in wenig kämpferischen Zeiten schwer über die Lippen kommt, es handelt sich dabei auch um eine inhaltliche Verschiebung. In gewisser Weise sind die beiden Ausdrücke sogar entgegengesetzt: In ihnen spiegelt sich die Ambivalenz der Geschichte dieses gerade in Österreich bedeutsamen Tages.

KÄMPFEN. Anfang des 20. Jahrhunderts versuchte die organisierte Arbeiter*innenbewegung Arbeitsrechte zu erkämpfen, wie etwa die Verringerung der Arbeitszeit, das Recht auf geregelte Feiertage und bessere Arbeitsbedingungen. Das stärkste Mittel dieses Kampfes war der Streik, das kollektive Niederlegen der Arbeit. Im Vordergrund stand also zunächst die Weigerung, sich weiter schinden zu lassen, also die Ablehnung der menschenfeindlichen Auswirkungen von Lohnarbeit. Motiviert waren die Kämpfe von dem Wunsch nach erträglichen Lebensbedingungen. Selbstverständlich spielten aber auch Utopien umfassender gesellschaftlicher Veränderung, in Österreich vor allem in der Sozialdemokratie, eine entscheidende Rolle.

Im Austrofaschismus wurden die sozialdemokratischen Maiaufmärsche verboten, während der 1. Mai aber weiterhin als Feiertag bestehen blieb. Die Nationalsozialist*innen erklärten den Tag zum „Tag der deutschen Arbeit“ beziehungsweise zum „Tag der Nationalen Arbeit“. Die Arbeitnehmer*innen fassten sie mit den Arbeitgeber*innen in einer Organisation zusammen: der „Deutschen Arbeitsfront“. Gewerkschaften wurden aufgelöst und das Streikrecht wurde abgeschafft. Die Sozialdemokratie versuchte in Österreich kurz nach der Befreiung wieder an die Tradition aus den 1920er-Jahren anzuknüpfen; in den unterschiedlichen Bezeichnungen für den 1. Mai drückt sich aber weiterhin die geschichtliche Mehrdeutigkeit des Tages aus.

ABFINDEN. Die Ambivalenz ergibt sich aber nicht nur aus der widersprüchlichen Geschichte des Tages, vielmehr ist diese Ausdruck der zwiespältigen Lage der Arbeiter*innen selbst. Zunächst kämpften sie für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen,

Die Arbeit hoch? Über den Wandel der Lohnarbeit und den Kampf gegen sie. Ein Kommentar von Simon Sailer.

also um die Befreiung von der Gewalt der Arbeit, um schließlich die Arbeit selbst zu feiern und „Die Arbeit hoch!“ zu rufen. Diese Entwicklung kann als Abfinden mit dem Elend, das die Arbeit bedeutet, interpretiert werden. Nach dem Scheitern der Versuche, die Notwendigkeit menschenunwürdiger Arbeit durch gesellschaftliche Veränderung zu beseitigen, gibt man sich damit zufrieden, die eigene Situation schön zu feiern.

Es handelt sich dabei allerdings nicht um eine Entscheidung, die von der arbeitenden Bevölkerung immer wieder aufs Neue getroffen wird. Vielmehr ist der Gegensatz, welcher zwischen Arbeit und Wirtschaft besteht, seit dem Nationalsozialismus seltsam zugedeckt. Die Institution, die die Schlichtung des unauflösbaren Konfliktes verkörpert, ist die österreichische Sozialpartner*innenschaft. Sie lässt es so aussehen, als säßen Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen in einem Boot, als hätten die Lohnarbeiter*innen zwar im Kleinen, nicht aber insgesamt andere Interessen.

BESCHÄFTIGEN. Diese Befriedung erstreckt sich aber weit über die Domäne der Arbeit und Ökonomie hinaus. Das Reglement, welches die Lohnarbeit den Menschen vorgibt, macht sich auch in deren Freizeit bemerkbar. Diese näherte sich in den 1950er- und 60er-Jahren immer mehr der Struktur der Lohnarbeit an. Dass es ein eigenes Wort für eine emsig betriebene Freizeitbeschäftigung gibt („Hobby“), zeugt von dieser Annäherung. Es handelt sich dabei um eine arbeitsförmige Beschäftigung, die sich, nur weil sie unbezahlt und freiwillig ausgeführt wird, dazu eignet, wieder fit für die Arbeit zu werden.

Heute erstreckt sich die Lohnarbeit mehr und mehr tatsächlich und unmittelbar in die von ihr auf den ersten Blick verschonte freie Zeit. Die Handy-Nutzer*innen müssen immer erreichbar sein, sie

müssen sich im Internet angemessen repräsentieren und müssen, um im Beruf nicht auf der Strecke zu bleiben, wo sie auch hinkommen, fleißig „netwerken“. Das führt aber dazu, dass die sozialen Beziehungen verkümmern und instrumenteller werden. Und weil das menschliche Gefühlsleben von sozialen Beziehungen abhängt, muss jemand sich um die verstümmelten Seelen bemühen. Ein Teil dieser emotionalen Arbeit kann als Psychotherapie oder Sozialarbeit professionalisiert werden, aber nicht alle psychische Instandhaltung eignet sich zu solcher Auslagerung auf Unbeteiligte.

ARBEITEN. Diese übrige Arbeit (wie übrigens auch die klassische reproduktive Arbeit), die so wenig messbar, und doch für den Fortbestand des Kapitalismus so entscheidend ist, bildet eine Art Schatten und eine unbemerkte, stillschweigende Voraussetzung der bezahlten Arbeit, die mit Respekt und Anerkennung belohnt wird. Gerade die Ausführung dieser abgespaltenen Arbeit wird aber vielfach von Frauen erwartet. Aufgrund der Strukturen des Arbeitsmarktes und bestimmter Geschlechterbilder werden ihnen diejenigen Tätigkeiten aufgedrängt, die den größten Einsatz der ganzen Person verlangen und gleichzeitig – vielleicht eben deshalb – gesellschaftlich am geringsten geschätzt werden.

Übrigens betrifft dieses Phänomen nicht nur Frauen, sondern es tendiert dazu, sich auf andere gesellschaftlich marginalisierte Gruppen zu verschieben. Diese Flexibilität rührt aus dem angesprochenen Zusammenhang mit dem Kapitalismus: Irgendwer muss diese Arbeit erledigen, und es werden immer die schlechter gestellten einer Gesellschaft sein.

SOLIDARISIEREN. Einen Ausweg aus diesen Verhängnissen würde nur eine Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und der beschriebenen Arbeitsverhältnisse versprechen. Eine derartige Entwicklung ist allerdings nicht in Aussicht und es scheint also vorerst nichts übrigzubleiben, als sich für jene einzusetzen, die gerade am stärksten von diesen Tendenzen betroffen sind. Außerdem gilt es zu versuchen, sich von Verhältnissen nicht dumm machen zu lassen, die zwar vorläufig kaum zu ändern, aber doch zumindest besser zu begreifen sind.

Der Autor studiert Philosophie in Wien.

Schlagabtausch

Kampf um die Arbeit. Die Fragen nach bedingungslosem Grundeinkommen, Vollbeschäftigung und Druck auf MigrantInnen zur Integration über den Arbeitsmarkt sind hart umstritten. progress ließ die Fronten aufeinander prallen. Unsere AutorInnen im Duell.

PRO Grundeinkommen

ARBEIT NERVT. MUSS SIE ABER NICHT.

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) zu sein, bedeutet nicht, bedingungslos für Grundeinkommen zu sein. Gegner_innen sind aber bedingungslos gegen eine grundsätzliche Existenzsicherung für alle. Den Diskurs des BGE nur entlang der Finanzierbarkeit zu führen, ist der einfachste Weg, um sich nicht mit den verschiedenen Aspekten von Grundeinkommen beschäftigen zu müssen. Visionen werden so dem Sachzwang geopfert. Ohne BGE ist Arbeit nicht mehr als ein Produkt, dessen Wertigkeit nicht rational daran bemessen wird, welche Auswirkungen es auf und für die Gesellschaft hat. Ihre Entlohnung orientiert sich stattdessen an irrationalen gesellschaftlichen Normen und Systematiken. Solange es Erwerbsarbeit im herkömmlichen Sinne gibt, die zur Sicherung von Existenzen benötigt wird, ist Arbeit ein Zwang – und damit ein wichtiger Faktor, wenn es um die zahlreichen Schieflagen in unserer Gesellschaft geht. Hingegen würde bedeuten, dass der Arbeitsplatz dann nicht mehr die wichtigste Institution wäre, mit der man in Wechselwirkung tritt. Die grundsätzliche Teilhabe an der Gesellschaft – wie auch die Möglichkeit, sich ihr ohne Existenzverlust entziehen zu können – sind essentielle Aspekte, die für ein bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen sprechen.

Die Denkweise, dass sich jede arbeitsfähige Person dem Arbeitsmarkt unterordnen muss, wird ersetzt. Die Schaffung von Möglichkeiten dafür, Beiträge für die und in der Gesellschaft zu leisten, rückt ins Zentrum der politischen Debatte. Es geht um einen Paradigmenwechsel: Zentral ist nicht mehr, wie viele Freizeitmöglichkeiten man sich individuell am Arbeitsmarkt erkämpfen kann. Vielmehr geht es darum, dass Arbeit auch wirklich sinnstiftend wirkt. Wer so naiv ist, zu glauben, ein BGE erledige alles, erledigt damit auch eine Diskussion rund um das BGE. An der Debatte der Verteilungsgerechtigkeit kommen wir damit nicht vorbei – die Voraussetzungen dafür sind aber weit bessere.

Klaus Baumgartner studiert Sozialwirtschaft an der JKU Linz.

CONTRA Grundeinkommen

KNAPP VORBEI IST AUCH DANEBEN.

Menschen sollen die Möglichkeit haben, ein eigenständiges Leben abseits des kapitalistisch-reproduktiven Erwerbszwanges zu gestalten: So die Hauptidee des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). So richtig dieser Anspruch auch ist, so wenig wird ihm das Grundeinkommen gerecht. Es mag stimmen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Theorie einen Beitrag zur Abschaffung der warenproduzierenden Wirtschaftsweise leisten kann. Tatsächlich führt ein BGE aber an der zentralen Frage vorbei: „Wem gehört aus welchen Gründen was in unserer Gesellschaft?“ Grundeinkommen-Befürworter_innen umgehen die Frage, warum nicht die gesamte Wirtschaftsleistung einer Gesellschaft gleichmäßig auf alle zu verteilen ist. Wieso sollte es überhaupt gerechtfertigt sein, dass es Leute gibt, die mehr verdienen als andere? Es würde finanziell schlechter gestellten Menschen für die eigenständige Gestaltung des eigenen Lebensentwurfes zwar neue Möglichkeiten eröffnen, jedoch wären diese ebenfalls nur begrenzt.

Der Betrag, den man durch ein BGE umverteilen würde, stellt nur einen Bruchteil des gesamten zur Verfügung stehenden Vermögens einer Volkswirtschaft dar. Die Super-Vermögen und Super-Einkommen – und damit einhergehende wirtschaftliche und realpolitische Macht – würden auch nach dessen Einführung weiterhin zirkulieren. Ein bedingungsloses Grundeinkommen, das allen unabhängig von ihrer materiellen Ausstattung denselben Betrag zuspricht, widerspricht dem Grundgedanken eines progressiven Steuersystems nach dem Leistungsprinzip. Während hier diejenigen, die materiell mehr beitragen können, auch höhere Steuern zu zahlen haben, verringert sich der Betrag bei jenen, die es nicht können. Diesen Grundmechanismus gilt es auch auf staatliche Zuwendungen umzulegen, wenn man schon nicht die oben genannte Grundsatzfrage thematisieren will. Wieso sollte der Staat aus den Steuergeldern aller auch jenen einen Beitrag leisten, die aufgrund von FreundInnenwirtschaft und Erbschaften ohnehin leben wie Gott in Frankreich? Von grundlegender Umverteilung kann also keine Rede sein.

Gerhard Öller studiert Wirtschaftswissenschaften an der JKU Linz.

PRO Integration

EIN GEFÜHL DER ZUGEHÖRIGKEIT

Das Gefühl, integriert und gleichzeitig ein Teil der Gesellschaft zu sein, ist ein wichtiger Faktor im gesamten Migrationsprozess. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für Menschen, deren Migrationshintergrund sichtbar ist, bedeutend schwerer. Die Erfahrungen, die dabei gemacht werden, prägen diese Menschen in ihrem weiteren Integrationsprozess – sowohl positiv als auch negativ. Erfahrungen, bei denen Diskriminierung, Nicht-Anerkennung und Dequalifizierung erlebt werden, wirken lähmend, frustrierend und demotivierend.

In einer Zeit, wo die Mobilität der Arbeitenden immer selbstverständlicher wird, und Menschen zunehmend versuchen, durch Länder- oder Jobwechsel ihre Lebenssituation zu verbessern, muss ebenfalls selbstverständlich sein, dass Menschen mit ihren Erfahrungen, Ressourcen, Kompetenzen und Ausbildungen gesehen werden, und nicht vorrangig nach Name, Geburtsort, Muttersprache oder Religion beurteilt werden. Die Sprache spielt im gesamten Integrationsprozess eine wichtige Rolle. Ihre Vermittlung muss so schnell wie möglich und von Anfang an stattfinden, damit das Gefühl der Zugehörigkeit wachsen kann. Derzeit sind die größten Hindernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt Sprachschwierigkeiten, nicht anerkannte Ausbildungen und Informationsdefizite. Das Ziel ist, von einer absolut defizit- und ausgrenzungsorientierten Diskussion wegzukommen, hin zu einem ressourcenorientierten Denken: „Was kann die Person?“ anstatt „Was kann sie nicht?“. Aufgrund der oft negativen Darstellung fehlt die Wertschätzung für das, was ZuwandererInnen können und an Ausbildung und Erfahrung mitbringen. Die Lernbereitschaft und Motivation dieser Menschen wird oft unterschätzt. Für den Versuch, das zu ändern, spielen Unternehmen eine wichtige Rolle. Sie müssen viel mutiger werden und sehen, dass „diverse/s“ Personal und Teams eine Bereicherung – in jeder Hinsicht – für das Unternehmen sind.

Moluksadat Homayouni ist Integrationsbotschafterin im Rahmen des Projekts „Zusammen Österreich“.



CONTRA Integration

„IVO, JETZT BIST DU EIN ECHTER ÖSTERREICHER!“

Diese Schlagzeile der *Kronen Zeitung* nach dem WM-Tor des Nationalspielers Ivica Vastić gegen Chile 1998 hat sich in mein Gedächtnis eingebrannt, da sie ein Sinnbild für die Integrationspolitik dieses Landes ist. Die Tatsache, dass Ivica Vastić seine Staatsbürgerschaft schon 1996 erhielt, war irrelevant, denn erst ein Tor, sprich eine Leistung für Österreich, und nicht der Pass, machte ihn zum „echten Österreicher“.

Austria-Trainer Vastić ist auch ein ausgezeichnetes Vorführobjekt für Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz, soll er doch Vorbild sein für all die schulschwänzenden Mustafas und Alis aus den städtischen Außenbezirken. Dem rassistischen Otto-Normalösterreicher soll er signalisieren, dass es auch gute Tschuschen gibt, die das Land voranbringen, und den Tschuschen soll er zeigen, dass sie es auch zu etwas bringen können, wenn sie sich nur anstrengen und etwas leisten.

Bei Kurz' Suche nach dem_der „Supermigrant_in“ werden soziale Selektion in den Bildungseinrichtungen, der rassistische Normalzustand in Österreich und zunehmend schlechtere Aussichten für Migrant_innen am Arbeitsmarkt nicht nur verschleiert, sondern schlichtweg ignoriert. Eine Politik à la „die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen“ ändert nichts an der Situation von Migrant_innen, da sie für ein angebliches Scheitern selbst verantwortlich gemacht werden. Das Sichtbarmachen von Migrant_innen ist zwar durchaus positiv, doch nur in Verbindung mit anderen Maßnahmen auch sinnvoll. So braucht es eine Förderung in den Bildungseinrichtungen (Stichwort: Gesamtschule), die Bekämpfung der Diskriminierung am Arbeitsmarkt und eine Politik, die sich an den Lebensrealitäten der einzelnen Menschen orientiert, die die Unterteilung in Migrant_in und Nicht-Migrant_in nicht weiter positiv besetzt und die erfolgreiche Einzelschicksale nicht zum Maß aller Dinge erklärt.

Fanny Rasul studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

PRO Vollbeschäftigung

VOLLBESCHÄFTIGUNG: EIN WEG UND ZIEL

Vollbeschäftigung wurde in den letzten Jahren als Begriff ausgedehnt. In Österreich wird die Vollbeschäftigung ausgerufen, wenn die Arbeitslosenquote unter die 3,5-Prozent-Marke sinkt. Es stellt sich aber die Frage, was sich hinter diesen Prozentzahlen verbirgt, und warum die Linke von der Forderung nach Vollbeschäftigung nicht Abstand nehmen darf. Klar ist, dass es im derzeitigen kapitalistischen System die 100-prozentige Beschäftigung nicht geben kann, weil es immer Menschen geben wird, die gerade Job wechseln oder ein paar Monate auf der Suche nach ihrem ersten Arbeitsplatz sind. Die derzeitige staatliche Definition vom Zustand der Vollbeschäftigung ist aber sicherlich weit entfernt von dem Ziel, das eine systemkritische Position verfolgt. Vollbeschäftigung darf nicht bedeuten, dass eine Zahlenbeschönigung durch AMS-Programme stattfindet, dass Frauen nach wie vor in prekären Arbeitsverhältnissen leben müssen oder in Teilzeit gedrängt werden. Diese Entscheidung muss eine individuell zu treffende sein, was sie momentan nicht ist. Dennoch ist eine echte Vollbeschäftigung, bei der der Arbeitsmarkt Platz für alle bietet, ein gesamtgesellschaftliches Ziel, das es zu verfolgen gilt.

Wer sich eine Gesellschaft nach Solidaritätsprinzip wünscht, wird schnell erkennen, dass das am besten funktioniert, wenn alle arbeitsfähigen Menschen auch tatsächlich Arbeit finden. Arbeit, die sie fördert und fordert und nicht krank macht, oder sie in die Klasse der sogenannten Working Poor drängt. Allein eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, sprich die Abkehr von der regulären 40-Stunden-Woche, würde die Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze bedeuten und Menschen auch wieder mehr Zeit geben, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren. Der Weg von einer kapitalistischen Gesellschaft zu einer sozial-solidarischen mit neuem Arbeitsbegriff kann nur über Vollbeschäftigung passieren. Wir dürfen uns nur die Definition des Begriffes nicht entreißen lassen und müssen den Arbeitskampf endlich wieder mit vereinten Kräften aufnehmen.

Mirijam Müller studiert Medizin an der Meduni Wien.

CONTRA Vollbeschäftigung

VOLLBESCHÄFTIGUNG - GEHT'S NOCH?

Gemeinsam mit meiner AMS-Betreuerin arbeite ich daran, dem Zustand der Vollbeschäftigung in Österreich in Zeiten der Krise näherzukommen. Zur Schönung der diesbezüglichen Statistik trainiere ich fünf Wochen lang mit zwei Dutzend anderen „Überflüssigen“, mich am Arbeitsmarkt richtig zu positionieren und meine Nische am Markt zu lokalisieren. Der Geheimtipp der Trainer*innen bei völliger Missachtung der gesellschaftlichen Verhältnisse: Du kannst alles erreichen, wenn du es nur wirklich willst. Und wenn es mit dem Traumjob doch nicht klappt, bist du jedenfalls selbst schuld. Diese „Maßnahme“ ist allerdings noch die harmlose Variante.

Abgesehen davon: Vollbeschäftigung im Kapitalismus langfristig zu realisieren, ist rein ökonomisch unmöglich, denn die damit kurzfristig erreichbaren hohen Löhne führen schließlich zu sinkendem Mehrwert und damit über kurz oder lang zu einer notwendigen Steigerung der Produktivkräfte. Diese Erhöhung des Ertrages lässt sich beispielsweise durch neue Maschinen realisieren, wodurch Arbeitskräfte letztlich wieder freigesetzt werden. Und außerdem: Was wäre mit einer Vollbeschäftigung überhaupt gewonnen? Die Ausbeutung (also: die Nicht-Bezahlung des durch die Arbeitskraft produzierten Mehrwerts) endlich auch der „Langzeitarbeitslosen“ und „nicht vermittelbaren“ Klient*innen des AMS, sofern diese in den aus- und vorgelagerten „sozialökonomischen“ Betrieben nicht ohnehin schon und in noch viel krasserem Ausmaß geschieht?

Wäre es nicht vielmehr an der Zeit, den Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft bei ansonsten drohendem persönlichem Untergang auf dem Müllhaufen der Geschichte zu entsorgen? Das hieße wiederum, an die Stelle der Verwertung des Kapitals endlich die menschlichen Bedürfnisse zu setzen – damit man und frau sich schließlich geruhsam auf ihr Recht auf Faulheit zurückziehen, oder, jenseits jeglichen Arbeitszwangs in jener Art und Weise betätigen kann, die die Bezeichnung „Arbeit“ nicht mehr verdient. Um mit Marx zu sprechen: Jede nach ihren Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!

Die Autorin möchte anonym bleiben.

Jugendarbeitslosigkeit am Arbeitsmarktkirtag

Ohne Normbiographie kein Pardon. Das gilt am Arbeitsmarkt besonders dann, wenn es sich um arbeitslose Jugendliche handelt.



Foto: Langmayr

„Ich will ja arbeiten gehen, aber es ist verdammt schwer, eine Arbeit zu finden.“ Der 19-jährige Sebastian Steiner hat sich in den vergangenen Jahren bei 112 der 164 vom AMS für ihn vorgeschlagenen Stellen beworben. Nur wenige Unternehmen haben ihm überhaupt geantwortet, gerade eine Handvoll hat ihn zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen, ohne Ergebnis. Von der Backsteinwand hinter ihm hängen Broschüren, die vom richtigen Auftreten bei Bewerbungsgesprächen erzählen oder davon berichten, welche

Biographie eine jeweilige Branche von ihm und anderen erwartet. Er ist einer von vielen arbeitslosen Jugendlichen, die regelmäßig hier in die Räume des Vereins *Backbone – mobile Jugendarbeit*, im 20. Wiener Gemeindebezirk, kommen, nicht nur um abzuhängen.

LEHRVERTRAG AUFGELOST.

Obwohl Sebastian gerade im letzten Semester einer Berufsschulklasse für Elektrotechnik ist, hat er keine Lehrstelle und damit auch keine Arbeit. Seine Ausbildung als Elektrotechniker

hat er vor drei Jahren, nicht in einem Betrieb, sondern an einem Arbeitsplatz in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte begonnen. Sein Lehrvertrag wurde nach zwei Jahren einseitig von der Lehrwerkstatt aufgelöst. Ihm wurde ein körperlicher Übergriff auf einen anderen Jugendlichen vorgeworfen. Bis heute bestreitet er allerdings den Vorfall. Seither geht er einmal die Woche in die Berufsschule und muss von 120 Euro Arbeitslosengeld leben. Würde er nicht noch bei seinen Eltern wohnen, könnte er damit wohl kaum

auskommen. Während er erzählt, klopft er hektisch mit seinen Fingern auf seiner Camouflage-Hose herum und unterbricht sich nur dann, wenn er sein Capi nach hinten zieht, um seine Haare zu richten. Sebastians Dilemma ist nicht nur, dass er arbeitslos ist, sondern auch, dass er zur anstehenden Lehrabschlussprüfung nur dann antreten darf, wenn er noch sechs Monate Praxis nachholt.

Wie Sebastian haben arbeitslose Jugendliche generell damit zu kämp-



fen, dass sie die vom Arbeitsmarkt gewünschten Vorstellungen einer Normbiographie nicht immer erfüllen können. Nach unzähligen Bewerbungsschreiben scheint er die Hoffnung aufgegeben zu haben. Mit einem Arbeitsplatz verbindet Sebastian zugleich aber den Wunsch nach einem Haus, oder zumindest einer tollen Wohnung, einem „bomben“ Computer sowie einer Familie. Mit der Zeit wird seine Stimme immer angespannter, schließlich meint er entnervt: „Es ist schwer, wirklich schwer. Es ist ja nicht so, dass wir Jugendlichen nicht arbeiten wollen. Wir dürfen nicht.“

JUGEND OHNE JOB. „Wir“, das heißt in kalten Zahlen: Die Jugendarbeitslosenquote in Österreich beträgt derzeit 7,3 Prozent. Alleine in Wien haben laut Angaben des *Arbeitsmarktservice* 12.800 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren keinen Job. Gut die Hälfte davon befindet sich in Schulungsmaßnahmen. Sie holen entweder einen Hauptschulabschluss nach, beginnen eine Lehre in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte oder besuchen einen anderen der zahlreichen Kurse. Wer an einer dieser Weiterbildungsmaßnahmen teilnimmt,

Alleine in Wien haben laut Angaben des *Arbeitsmarktservice* 12.800 Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren keinen Job.

bekommt eine Entschädigung zwischen 240 und 540 Euro im Monat zur „Deckung des Lebensunterhalts“. Jugendliche, die sich in keiner Fortbildungsmaßnahme befinden, aber beim AMS gemeldet sind, werden bei der Arbeitssuche unterstützt. In Wien werden arbeitslose Jugendliche bis 21 Jahren vom Jugend-AMS betreut, eine in Österreich einzigartige Einrichtung.

Auch Sebastian ist einmal im Monat beim Jugend-AMS, am Gumpendorfer Gürtel, bisher allerdings ohne Erfolg: „Das AMS konnte mir bisher nicht helfen. Bei einem Termin bekomme ich drei Seiten ausgedruckt und wir vereinbaren einen neuen Termin, das war's dann.“ Darauf angesprochen, verweist die Geschäftsstellenleiterin des Jugend-AMS, Gerda Challupner,

„Die Jugendlichen machen zum großen Teil sich selbst dafür verantwortlich, dass sie keine Jobs finden.“

Fabian Reicher, Verein Backbone.

darauf, dass es ihre Aufgabe sei, Arbeitssuchenden Stellen zu vermitteln und etwaige Weiterbildungen zu finanzieren. Mit den Jugendlichen intensiver auf einer Beziehungsebene zu arbeiten, sei schon allein aufgrund der großen Zahl an KlientInnen nicht möglich.

Gerade diese beziehungsorientierte Arbeit mit den Jugendlichen scheint es aber zu brauchen: „Die Jugendlichen machen zum großen Teil sich selbst dafür verantwortlich, dass sie keine Jobs finden. In einer individualisierten Gesellschaft wird das Versagen natürlich auf einen selbst zurückgeworfen“, erklärt Fabian Reicher, Sozialarbeiter beim Verein *Backbone*. Und er betont, dass eine intensive Arbeit mit diesen Jugendlichen dazu führen kann, dass sie wieder eine Perspektive aufbauen und wieder Vertrauen in sich gewinnen können. Kommen Jugendliche in die Räume von *Backbone*, können sie ihre Zeit dort partizipativ gestalten, die SozialarbeiterInnen geben in der Regel nichts vor. Im vereinseigenen Aufnahmestudio können die Jugendlichen ihre eigenen Tracks aufnehmen und vervielfältigen, viele

von ihnen rappen. Ein Hintergedanke dabei: Die Jugendlichen können so stückweise ihr Selbstvertrauen wieder zurückerlangen. Jugendliche erhalten bei *Backbone* aber genauso Unterstützung beim Schreiben von Bewerbungen, bei AMS-Besuchen oder dem Vorbereiten auf Bewerbungsgespräche.

ORTSWECHSEL: Eine gute dreiviertel Stunde dauert die Fahrt mit den Öffis von *Backbone* zu *Spacelab* im zehnten Wiener Gemeindebezirk. Das Projekt bietet Jugendlichen die Möglichkeit, entweder in einer Kreativ- oder in einer Medienwerkstatt, tageweise oder in einem sechsmonatigen Trainingsprogramm, mitzuarbeiten. Gedacht ist es für jene Jugendlichen, die aus der Bildungs- und Arbeitswelt komplett herausfallen. In den Werkstätten können Filme, Zeitungen, Taschen oder Siebdruckwerke produziert werden. Über diese kreative und produktive Arbeit kommen die Jugendlichen nicht nur wieder mit regelmäßigen Tagesstrukturen in Kontakt, im Idealfall entwickeln sie auch wieder eine Vorstellung davon, was ihre Bedürfnisse und Wünsche im Hinblick auf ihr Leben und einen etwaigen Beruf sind.

Projekte wie *Backbone* oder *Spacelab* bieten Jugendlichen Möglichkeiten, einen Zugang zur Arbeitswelt zu entwickeln. Das Fundament, auf dem desillusionierte Jugendliche bauen, liegt hingegen anderswo. Die Bildungswissenschaftlerin Agnieszka Czejkowska hat sich eingehend mit dem Thema beschäftigt. Einerseits verortet sie, wenig überraschend, einen Großteil des Problems im differenzierten Schulsystem in Österreich. Auf der anderen Seite stellen für sie die zunehmenden Erwartungen des Arbeitsmarktes ein entscheidendes Problem dar: „Wir haben zum Beispiel untersucht, wie Lehrstellen ausge-

sprochen werden. Dabei stellte sich heraus, dass sich diese Angebote mehr an fertig ausgebildete Jugendliche richten als an Lehrstellensuchende. Die Vorstellung davon, was Lehrlinge eigentlich sind, dass sie sich eben noch in einem Bildungsprozess befinden, scheint abhandengekommen zu sein.“ Diese Erfahrung musste Sebastian auch machen, nicht zuletzt nach seinem raschen Rauswurf aus der überbetrieblichen Lehrwerkstatt. Zur Lehrabschlussprüfung wird er nun vielleicht aber doch antreten dürfen. Eine Woche nach dem Gespräch mit ihm, hatte er wieder einen Termin

Ein Großteil des Problems liegt am differenzierten Schulsystem in Österreich.

beim Jugend-AMS. Dabei hat sich schließlich herausgestellt, dass er ein Arbeitstrainingsprogramm in Anspruch nehmen kann. Das heißt: Das AMS übernimmt für drei Monate die Lohn- und Versicherungskosten für die Arbeitgeberin. Das hat die Arbeitssuche für Sebastian erheblich erleichtert. Eine Stelle, die ihn unter diesen Bedingungen aufnimmt, hat er bereits gefunden. Nach drei Monaten muss er allerdings erneut um Unterstützung ansuchen. Werden ihm insgesamt sechs Monate bewilligt, dann darf er auch zur Lehrabschlussprüfung antreten. Warum ihm diese Möglichkeit vom *Arbeitsmarktservice* nicht schon früher angeboten wurde, bleibt fraglich.

Der Autor Georg Sattelberger studiert Internationale Entwicklung an der Uni Wien.

Rivalitäten in der Fabrik

„Wir wollen nicht Menschen zweiter Klasse sein.“ Mit dieser Parole brachten die anwesenden Sozialdemokratinnen 1930 auf einer Frauentagskundgebung in Wien ihre Wut zum Ausdruck. Denn trotz der damals bereits langen Geschichte der sozialistischen (und liberalen) Frauenbewegung waren zentrale Forderungen noch lange nicht erfüllt. Und auch in der ArbeiterInnenbewegung wurden die frauenpolitischen Anliegen als Nebenanliegen und Nebenwiderspruch behandelt. Deshalb ist die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung auch von Beginn an von den Kämpfen der Genossinnen um Gleichberechtigung – aber auch von der Resignation der Frauen – geprägt.

EIN KAMPF? Die ersten Organisationen der ArbeiterInnenbewegung formten sich in der Habsburger Monarchie im Kontext des Revolutionsjahres 1848. In den Arbeitervereinen und in den meisten später entstehenden Gewerkschaften waren Frauen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht beteiligt – obwohl sie mindestens seit der Frühen Neuzeit Teil der Hungerrevolten und sozialen Proteste waren, und auch 1848 an den Barrikaden mitkämpften. Daran zeigt sich: Der entstehende bürgerlich-kapitalistische Nationalstaat ist auch auf Basis der Geschlechtertrennung entstanden, was sich unmittelbar in den Möglichkeiten politischer Betätigung niederschlug. Die Gewerkschaften waren – auch anknüpfend an die Tradition der Zünfte – vor allem „Männerbünde“. Bis zum Ersten Weltkrieg war das Verhältnis von arbeitenden Frauen und Männern nicht immer von Solidarität geprägt, wie so manche beschönigende Erzählung von den Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung suggerieren mag, sondern gerade auch von der Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und vor den meist ungelerten Arbeiterinnen als Lohndrückerinnen und Streikbrecherinnen. Nicht zuletzt zeigt sich sowohl in Rufen nach dem Verbot von Frauenarbeit wie auch in der Vergeblichkeit von Versuchen weiblicher Gewerkschaftsmitglieder, die Forderung von gleichem Lohn durchzusetzen, die Wirkmächtigkeit des bürgerlichen Geschlechterverhältnisses: Trotz der Tatsache, dass 1890 42,9 Prozent aller erwerbstätigen Frauen waren, passte sich die Politik der Gewerkschaften in ein bürgerliches Familienideal ein, das den Mann als Alleinernährer betrachtet(e). Auch spezifisch weibliche Lohnabhängigkeitsverhältnisse, wie etwa Heimarbeit, wurden durch die Gewerkschaftsbewegung nicht abgedeckt.

Eine kleine Geschichte der Anfänge der österreichischen Arbeiterinnenbewegung.

NUR EIN NEBENWIDERSPRUCH. Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung im heutigen Österreich ist spätestens seit der Einigung der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SDAP) am Parteitag in Hainfeld 1888/89 eng mit dieser verbunden. Die Parteitage waren lange Zeit Schauplätze symbolischer Kämpfe um die Integration frauenpolitischer Fragen ins Parteiprogramm. Spezifische Frauenorganisationen – sofern sie nicht ohnehin durch das Verbot von weiblichen Mitgliedern in politischen Vereinen nach Paragraph 30 des damaligen Vereinsgesetzes verunmöglicht waren – und Publikationen wie die *Arbeiterinnen-Zeitung* mussten sich immer wieder den Vorwurf des Separatismus gefallen lassen. Die Angst, dass die ArbeiterInnenbewegung geschwächt werden könnten bewegte auch die Genossinnen selbst dazu, ihre Anliegen nachrangig zu behandeln. Das Frauenwahlrecht ist ein eindrückliches Beispiel: Es verdeutlicht die konflikthafte Beziehungen zwischen den Akteurinnen der bürgerlichen und der sozialistischen Frauenbewegung. Am Parteitag von 1905 beschloss die SDAP den Druck hinter der Forderung nach dem allgemeinen Männerwahlrecht per Massenstreik zu erhöhen – Auslöser war dessen Einführung im zaristischen Russland. Adelheid Popp, Mitgründerin der *Arbeiterinnen-Zeitung* und ab 1918 im Parteivorstand der SDAP, stellte diesbezüglich fest, dass „der Augenblick des großen Kampfes, der jetzt gekommen ist, nicht dazu angetan ist, das gleiche Recht der Frau in den Vordergrund zu stellen“. An dem zeitgleich gegründeten Frauenstimmrechtskomitee des radikal-liberalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung beteiligten sich die Sozialdemokratinnen nicht – allerdings zählte das Frauenwahlrecht neben anderen Forderungen, wie etwa nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit, der Abschaffung des Paragraphen 30 des Vereinsgesetzes und der Gleichstellung von Frauen im Eherecht, zu ihren zentralen Anliegen. 1907 fanden die ersten Reichsratswahlen statt, bei denen das allgemeine Männerwahlrecht galt. Erst nach Ende der Monarchie wurde auch den Frauen das Wahlrecht zugestanden.

GENOSSINNEN. Die Sozialdemokratinnen organisierten sich neben dem Reichsfrauenkomitee auch in Vereinen wie dem *Arbeiterinnen-Bildungsverein* oder im *Verein sozialdemokratischer Mädchen und Frauen*. Während des Ersten Weltkriegs engagierten sich viele von ihnen in der pazifistischen Linksopposition. Gleichzeitig waren die Frauentagsveranstaltungen ab 1916 im Kontext des restriktiven Kriegsrechts eine eindrückliche Veranschaulichung der Größe von Sozialdemokratie und ArbeiterInnenbewegung. Frauen als potentielle Wählerinnen sollten mit der Transformation der Habsburgermonarchie zur Ersten Republik schließlich zentral werden. Die Integrationsangebote seitens der Partei richteten sich nicht mehr nur an Werk tätige, sondern auch an die „proletarische Hausfrau“, zum Beispiel mittels KonsumgenossInnenschaften. Der Frauentag als Kampftag für das Frauenwahlrecht und Symbol der Stärke der sozialistischen Frauenbewegung wurde allerdings eine Zeit lang nur mehr von den KommunistInnen abgehalten. Aufgrund der Ausweitung der staatsbürgerlichen Rechte wurde er von den SozialdemokratInnen zunächst als nicht mehr notwendig betrachtet. Die Anerkennung von frauenpolitischen Anliegen als zentrale Grundlage für eine gerechte Gesellschaft statt bloßem Nebenwiderspruch mussten die Sozialdemokratinnen beständig durchsetzen. Unbestreitbar ist, dass die SPÖ-Frauen, gemeinsam mit vielen anderen Feministinnen nach 1945 große Erfolge erzielten, wie beispielsweise die Fristenlösung oder das Gewaltschutzgesetz. Johanna Dohnal, Österreichs erste Frauenministerin, resümierte in diesem Sinne noch kurz vor ihrem Tod: „Nur eine Frauenorganisation, die lästig ist, hat eine Existenzberechtigung.“

Die Autorin Veronika Helfert studiert Geschichte im Doktorat an der Uni Wien. Im Zuge dessen spezialisiert sie sich auf Frauen- und Geschlechtergeschichte.

Literaturtipp: Flora Tristan: Arbeiterunion. Sozialismus und Feminismus im 19. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1988

Filmtipp: We want sex. Regie: Nigel Cole, 2010



FEUILLETON

Utopie Kunstwerk

Bis zum 20. Mai ist im *21er Haus* in Wien noch die Ausstellung „*Utopie Gesamt kunstwerk*“ zu sehen. Die Annäherung an den selbst gewählten Gegenstand erfolgte dabei „kritisch“, so die Ankündigung. Den ausgestellten Stücken sieht man diese Kritik allerdings nicht an, teilweise versuchen sie selbst, an die Tradition anzuknüpfen, die Gesamtkunstwerke als gesellschaftsverändernde Kunst verstanden wissen will.

Dass Kunst oft dort endet, wo ihr gesellschaftliches Engagement beginnt, demonstriert jedoch eindrucksvoll der 2009 entstandene Beitrag der dänischen Männergruppe *Superflex*. Mittels eines Hypnosefilmes wollen sie die Besucher*innen das Machtstreben und die Gier empfinden lassen, welche die Welt, so die Suggestion, am Laufen halte. Außerdem dürfen sich die Hypnotisierten in Gedanken von ihrem Job feuern lassen: Eine Vorstellung, die sich, rein hypothetisch, wenig bedrohlich ausnimmt.

Einigen Stücken gelingt es da schon eher, zu überzeugen – und zwar durch ihren Humor. Da gibt es etwa Christian Jankowski, der extra Italienisch gelernt hat, um sich im italienischen Fernsehen von gekonnten AstrologInnen den Erfolg seines Werkes – des Gesprächsmitschnittes – voraussagen zu lassen. Oder Marjetica Potrč, welche die sorgsam ausgearbeiteten Pläne zur Planierung der Alpen und Unterwassersetzung Wiens ausstellt, inklusive fliegendem Stephansdom.

Simon Sailer

Wir sind so smart!

4179 Mal wurde der Artikel des Klimaforschers Boyd Cohen zu seiner Recherche zu Smart Cities, der Anfang des Jahres auf dem Design-Blog Co.Exist veröffentlicht wurde, getweetet. Was hat es mit diesen Rankings auf sich?

Diese Städte-Rankings stellen Wien ein gutes Zeugnis aus: 2011 kürte die Unternehmensberatungsagentur *Mercer* die Hauptstadt zum dritten Mal in Folge zur lebenswertesten Stadt der Welt. Wien zierte triumphierend das Cover des *Smart City Rankings* und ist laut dem britischen Unternehmen QS die fünftstudierendenfreundlichste Stadt der Welt. Damit liegt Wien nach dem permanenten Spitzenergebnis im *Mercer Quality of Living Ranking* auch im Wettkampf der am „smartesten“ gemanagten Städte der Welt auf Platz eins.

Was auf den ersten Blick wie eine wissenschaftliche Gegenüberstellung aussieht, ist allerdings nicht viel mehr als ein journalistischer Shake bestehender Rankings. Cohen beschreibt die Methodik als eine Melange aus vier etablierten Studien, darunter ein für Wien erfreuliches *Innovation City Ranking*, eine Studie über E-Government sowie die *Mercer Quality of Living Survey*. Das von der US-amerikanischen Consulting-Agentur erstellte Ranking vergleicht eine Vielzahl von Indikatoren, etwa das wirtschaftliche, soziale und politische Umfeld genauso wie die Qualität von Konsumgütern oder das Erholungs- und Freizeitangebot. Boyd Cohen definiert eine Smart City als „Stadt, die smart geführt wird und die das Management ihrer Ressourcen, der Infrastruktur und der Interaktion mit der Bevölkerung smart organisiert, (...) eine erstklassige Lebensqualität, einen geringen ökologischen Fußabdruck, ein ausgeklügeltes Verkehrssystem, das FußgängerInnen und öffentlichen Verkehr Autos vorzieht und das die Anwendung innovativer und grüner Technologien in der Stadt bei gleichzeitiger Schaffung von Unternehmenschancen vorantreibt“. Eine sehr reiche Sammlung von Kriterien also, die mitunter schwer zu messen sind und von den herangezogenen Studien in dieser Form gar nicht durchleuchtet werden. Cohen räumt im Gespräch mit dem progress zwar ein, dass seine Methoden einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten, betont aber gleichzeitig, dass es eine Reihung der Smartness von Städten auf globaler Ebene vorher nicht gegeben habe. Also doch ein ernstzunehmendes Ergebnis?

STÄDTE-RANKINGS FÜR STUDIERENDE. Ein für Studierende relevantes Ranking lieferte letztes Jahr QS, das Consulting für Universitäten, andere Bildungsinstitutionen sowie auch Privatpersonen in Bildungsfragen anbietet. Es bewertete erstmals Universitätsstädte nach Studierendenfreundlichkeit. Gereiht wurde nach den Kriterien Student Mix, Quality of Living, Employer Activity und Affordability. Wien wurde als fünftbeste Student City gereiht, Paris ist der Studie zufolge die studierendenfreundlichste Stadt der Welt. Wien verdankt die hohe Platzierung

vor allem der Internationalität der Studierenden, vergleichsweise niedrige Lebenshaltungskosten und Studiengebühren sowie der allgemein hohen Lebensqualität. Faktoren wie die aktuelle finanzielle Lage der Universitäten sowie Betreuungsverhältnisse oder Forschungsmöglichkeiten wurden dagegen gänzlich ausgeblendet. Und Studienstädte mit weniger als 250.000 EinwohnerInnen wie etwa Salzburg oder Innsbruck wurden erst gar nicht beachtet. Dass dabei essentielle Aspekte, die zur Qualität eines Studiums beitragen, ausgespart werden, muss sich nicht zum Vorteil der Betroffenen auswirken. Wie können solche Rankings nun richtig verstanden und konsumiert werden?

DIE MACHT DER ZAHLEN. Rankings erfüllen verschiedene Funktionen: Sie quantifizieren ansonsten qualitative Merkmale von Städten wie Lebensqualität oder Freundlichkeit, um Vergleichbarkeit herzustellen, wo oft keine ist. Dafür ist es notwendig, komplexes Datenmaterial in einfache Formen zu gießen. Diese Komplexitätsreduktion führt unter anderem dazu, dass Wien, einst die Stadt an der blauen Donau und im Wienerwald, zur Stadt mit 107 Lebensqualität-Punkten wird. Ändert sich die Gewichtung der Kriterien, ändert sich das Ranking – obwohl die Donau nicht weniger blau ist. „Rankings sind etwa für die Evaluierung von Verteilungsfragen nicht ausgelegt. Wien hat unbestritten eine hohe Lebensqualität und das E-Government ist gut“, meint Verena Madner, Professorin am Forschungsinstitut für Urban Management und Governance an der Wirtschaftsuniversität Wien: „Die Frage ist, ob man da stehen bleiben will. Impulse, sich weiterzuentwickeln, spiegeln sich in solchen Rankings nicht wider.“

Die Attraktivität dieser vereinfachten Darstellung spielt auch den Medien in die Hände und führte zu einer raschen Verbreitung. Dabei wird auf eine kritische Reflexion der Parameter, der Datengrundlage und der Rolle der AuftraggeberInnen oft verzichtet. Konzerne mit Ranking-Ambitionen wie *Mercer* oder *Siemens* oder Medienunternehmen wie *Economist* oder *Monocle* sind mehrheitlich nämlich private, gewinnorientierte Unternehmen. Deren Eigeninteresse und mögliche Beeinflussung durch finanzielle Anreize sind Beispiele für problematische Konstellationen, die sich durch die Gewinnerorientierung der rankenden Organisationen ergeben können. Bei bewusster Berücksichtigung der Tatsache, dass Rankings ein wertendes Weltbild beinhalten, ist das kein Problem – sie verbietet aber die Verallgemeinerung vom speziellen Ranking zum allgemeinen Freudentaumel.

Das *Mercer*-Ranking etwa zeigt, dass solche Reihungen meistens eine spezifische Funktion haben – etwa

als Orientierungshilfe für ManagerInnengehälter. Eine günstige Platzierung in einem renommierten Ranking bedeutet keineswegs eine hohe Lebensqualität für alle. Dennoch ist das für eine Stadt eine erfreuliche Nachricht, auch weil ein Spitzenplatz als Bescheinigung des guten „Standorts“ gesehen wird. Das wirtschaftliche Interesse an Rankings ist also evident, wobei Madner anmerkt: „Solche Rankings sollten nicht überbewertet werden oder in Selbstzufriedenheit bei der Stadtführung resultieren. Aber Ideen aus Wien werden so auf die Reise geschickt.“

BEST PRACTICE. Dabei besteht die Gefahr, dass Städte im Kampf um den besten Platz im angeblieben Standortwettbewerb dazu neigen, die von den Studien untersuchten Indikatoren bestmöglich zu erfüllen. Städte werden auf diese Weise angeleitet, die normativ als Best Practice bezeichneten Maßnahmen aufzugreifen, wie auch Boyd Cohen festhält: „Eine Smart City ist auch smart genug, zu wissen, dass sie nicht alles weiß, und dass sie nicht am besten in allem ist. Sie befindet sich in einem Städtenetzwerk und teilt ihre herausragenden Initiativen mit anderen Städten bzw. – falls sie keine Lösungen für ein Problem parat hat – verbündet sich mit jenen Organisationen, die sich damit am besten auskennen.“ Die damit verbundene Schaffung von internationalen Vorbildern zeigt, dass Rankings weniger dazu dienen, die Wirklichkeit abzubilden, als eine Wirklichkeit zu schaffen: Nämlich die von miteinander um Smartness, und damit um Geld und schlaue Köpfe, konkurrierenden Städten.

Vinzent Rest und Christof Brandtner studieren Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Wien.

Zur Info

QS Best Student Cities 2012:

1. Paris
2. London
3. Boston
4. Melbourne
5. Wien
6. Sydney
7. Zürich
8. Berlin

Mercer Smart Cities Ranking:

1. Wien
2. Toronto
3. Paris
4. New York
5. London
6. Tokio
7. Berlin
8. Kopenhagen

Potential zum Skandal

In radikalen Mitmachperformances konfrontiert das Wiener Performancekollektiv God's Entertainment das Publikum mit Rassismus, Gewaltverherrlichung oder Integrationszwang. Ein Porträt.

Sie machen kein Theater. Nicht mit SchauspielerInnen und so. Was *God's Entertainment* macht? Laut Eigendefinition irgendetwas zwischen Happening, Aktion und Performance. Wer sie sind? „Wir sind ein Kollektiv. Wir sind eine der wenigen Gruppen ohne Hierarchie. Jeder macht alles“, sagt Maja, die die Gruppe *God's Entertainment* (GE) mitgegründet hat. Ihre eigenen Namen heben die Mitglieder der Gruppe nur ungern hervor – in Programmheften dürfen sie deswegen gar nicht erst abgedruckt werden. 2005 trat *God's Entertainment* erstmals mit der Performance „Mossad“ im Rahmen des Wiener Mozart-Jahres auf. Zu den Dreien, die den fixen Kern des Kollektivs GE bilden, kommen noch einige lose Mitglieder hinzu.

GE ist die aktuell wahrscheinlich provokanteste, politischste und pointiertere Performancegruppe in Österreich. progress traf sie zum Frühstück in ihrem Gassenlokal-Büro im 9. Bezirk in Wien. Der Raum ist vollgestellt mit Requisiten alter Produktionen und ständig klingeln die Handys – *God's Entertainment* ist im Stress: Ein Förderantrag muss dringend abgegeben werden. Die Themen für ihre Aktionen finden sie in der Realität: „Wenn etwas total beschuert ist und blöd, versucht man es in die Performance reinzubringen“, sagt Boris. Das Spektrum reicht von Sex, Radovan Karadžić und Busreisen bis zu Bollywood, Integration und Gewalt.

ECHTE PRÜGEL. Manchmal enden ihre Aktionen auch mit blauen Augen oder gebrochenen Rippen. So bei der Brutalo-Aktion „Fight Club – realtecken“, mit der sie erstmals Aufmerksamkeit erregten. Mit Joypads steuert das Publikum nicht Figuren im Videospiel, sondern lässt die PerformerInnen aufeinander einprügeln. Im Gegensatz zum herkömmlichen Theater wird bei Performances nicht „so getan, als ob“. Die Schläge sind echt, Verletzungen einkalkuliert. Beim Setting der Performance orientiert sich die Gruppe an den illegalen Boxkämpfen im populären Hollywoodfilm „Fight Club“: Der Raum ist dunkel, laute Musik dröhnt, Wetten werden angenommen. Berauscht von

der Gewalt, lassen die ZuschauerInnen die PerformerInnen enthemmt aufeinander einprügeln.

GE macht Mitmachperformances: Sich zurücklehnen und einfach nur zusehen, ist de facto nicht möglich. PerformerInnen und Publikum prallen ungeschützt aufeinander. „Indem man ins Theater geht, ist man schon involviert. Es ist nur die Frage, ob man auch beteiligt wird“, ergänzt Maja.

SETTINGS ERZEUGEN. GE beantwortet diese Frage immer mit „Ja“. Bei ihrer letzten Produktion „Messer-Mord: Klinge steckte noch in der Brust (Nach Büchners „Woyzeck“)“ im Wiener *brut* erzeugen sie zu Beginn ein Setting, in dem sich die ZuschauerInnen im Klassenzimmer wiederfinden. Die Lehrerin ruft einzelne SchülerInnen im Publikum auf und fragt ihr Wissen zu Georg Büchners Drama „Woyzeck“ ab. GE arbeitet mit bekannten Situationen aus Alltag und Medien. Diese werden zugespitzt und für ihre Themen nutzbar gemacht. So konfrontiert die Gruppe die ZuschauerInnen mit ihren eigenen Positionen und zwingt sie, sich damit auseinanderzusetzen. *God's Entertainment* macht politische Kunst. Aber nicht nur, indem sie politisch relevante Themen – wie Integration, Rassismus, Gewalt und Strafvollzug – aufgreifen, sondern indem sie ihr Publikum

zu Menschen machen, die über diese Themen nachdenken. Ziel ist, etwas bei den ZuseherInnen auszulösen. Wieso sich das Publikum ihren Produktionen aussetzt, weiß die Gruppe auch nicht so ganz genau. Vielleicht, weil man sich bei GE selbst spüren könne und die Leute das mögen, meint Simon. Erfolgreich sind ihre Performances dann, wenn sie „funktionieren“ – das heißt, wenn sie beim Publikum eine Reaktion auslösen, wenn die Menschen nicht einfach unberührt davon bleiben, wenn in der Fußgängerzone ein Weißer für Spenden in den eigenen Hut den Schwarzen neben sich verprügelt – wie in ihrer Performance „Stadt ist anders“. „Theater ist nicht ein reiner Unterhaltungstempel, wo man sich reinsetzt, um mal kurz zu entspannen“, sagt Simon. Obwohl sich die ZuschauerInnen oft nicht wohlfühlen, verlässt nur ganz selten jemand die Performances. Wohl auch, weil es bei GE nie langweilig sei, schmunzelt Simon.

BEZIRKSVORSTEHERIN HAT ANGST. Obwohl die Produktion „Österreicher integriert euch“ bei den *Wiener Festwochen* erst im Mai ansteht, funktioniert die Performance für die Gruppe schon jetzt. GE dreht den Spieß in der Integrationsdebatte um und will ÖsterreicherInnen in die problematischsten Migrationsgruppen integrieren. Den ersten Teil bildet eine Research-Phase, in

der über Infostände in allen Wiener Bezirken ermittelt wird, welche MigrantInnengruppen von den ÖsterreicherInnen als die problematischsten empfunden werden. Danach können sich „waschechte“ ÖsterreicherInnen in drei Integrationslagern am Urban-Loritz-Platz, in Meidling und neben dem Museumsquartier in diese Hauptproblemgruppen integrieren lassen. „Leider“, sagt B. bezüglich der Veranstaltungsorte: „Eigentlich wollten wir lieber in rechtliche Bezirke. Aber im zehnten, elften, 13. und 21. Bezirk haben wir keine Genehmigung bekommen.“ Schon bevor es überhaupt losgeht, haben die BezirksvorsteherInnen Angst vor den Reaktionen. Je nach AusländerInnenfeindlichkeitsstufe müssen sich die ÖsterreicherInnen in den Integrationslagern unterschiedlichen Maßnahmepaketen unterziehen. Helfen werden ihnen dabei sogenannte IntegratorInnen aus den verschiedenen Hauptproblemgruppen. Spätestens nach drei Tagen soll die perfekte Integration geglückt sein.

Nicht nur der Name „Österreicher integriert euch“ erinnert an Christoph Schlingensiefels Containershow und Abschiebepformance „Ausländer raus“ neben der Wiener Staatsoper aus dem Jahr 2000. Genauso wie die damalige Festwochenproduktion haben GE heuer Potential zum Skandal. Und da sie kein Theater machen, meint es *God's Entertainment* auch ernst mit „Österreicher integriert euch“: „Wir wünschen uns, Strache im Lager zu haben. Zusammen mit Sebastian Kurz.“

Die Gruppe *God's Entertainment* bei einer Performance im Wiener *brut*.

Foto: Lieberenz



<http://www.gods-entertainment.org>

Der Autor Dominik Wurnig hat Theater-, Film- und Medienwissenschaft an der Uni Wien studiert.

Zu sehen ist *God's Entertainment* beim Donaueifestival in Krems vom 28.4. bis zum 5.5.2012 mit der Produktion „Wachau International Europe in 2 hours“.

Zwischen 31.5. und 16.6.2012 macht *God's Entertainment* das Programm „Österreicher integriert euch“ im Rahmen der Wiener Festwochen. Der Eintritt ist frei.



Fotos: Böhm

Der Sprung ins kalte Wasser

progress schnuppert in die österreichische Poetry-Slam-Szene. Stoff geben jahrelange Erfahrungen und Erlebnisse von Österreichs Poetry-Slam-„Mama“ Mieke Medusa, U20- Slam-Meisterin Yasmin Hafedh und Slam Newcomerin Mara Ban.

DER WETTBEWERB. Das A und O im Poetry Slam. Ob bei lokalen Poetry Slams, beim Ö-Slam oder direkt bei den Meisterschaften – ohne Wettbewerb kein Slam. Auch wenn der Grundsatz lautet: „Vom, fürs und mit dem Publikum“, kann es nur eine GewinnerIn geben. Wer als ErsteR drankommt, hat es am Schwersten. Hier kommt das sogenannte „Opferlamm“ ins Spiel. Dieses wird zu Beginn dem Publikum zum Fraß vorgeworfen. Wenn man aber doch mal als ErstgereichteR gewinnt, ist die Freude groß. Alle SlammerInnen wollen MeisterIn werden; nur nicht Yasmin Hafedh, die will es ein zweites Mal werden. Nicht zu verwechseln ist die/der MeisterIn mit dem/der Slam-MasterIn. Die/Der ist da, damit alles rund läuft. Die Startplätze zu ziehen, einem lahmen Publikum einzuheizen oder ihnen das angemessene Kleingeld aus der Tasche zu ziehen – davon kann Mieke Medusa einen Text slammen.

DIE OFFENE BÜHNE. Ein wichtiges Prinzip, auf das sich das Poetry-Slam-Konzept stützt: Sagen darfst du alles – aber die anderen auch. Durch die unmittelbare Reaktion des Publikums kann die offene Bühne auch zum Gericht werden. Geurteilt wird sofort.

Auch SlammerInnen untereinander scheuen nicht vor ihrem Recht zurück, im Positiven wie im Negativen. Für Mieke Medusa wird's bei Rassismus und Sexismus aber dann doch heikel. Als Slam-Meisterin und Organisatorin scheut sie sich nicht, zu kommentieren. Klare Sache. Aus Erfahrung kann Yasmin Hafedh aber sagen, dass diskriminierende SlammerInnen meist nur ein Mal das Mikro in die Hand nehmen, um es dann liegen zu lassen.

DAS PUBLIKUM. Als „hart aber herzlich“ haben Mieke Medusa, Yasmin Hafedh und Mara Ban das Poetry-Slam-Publikum erlebt. Hier gibt's kein Erbarmen. Reaktionen auf vorgetragene Texte kommen unmittelbar und lautstark. Von Buhrufen bis rasende Begeisterung ist alles dabei. Davon lebt Poetry Slam. Dass man lernt, damit umzugehen, ist Teil des Konzepts. Für Yasmin Hafedh ist Feedbackfähigkeit für längerfristiges Slammen ein Muss. Also nicht unterkriegen lassen, wenn ein Text mal nicht funktioniert! Denn bei jedem Poetry Slam ist auch das Publikum anders.

Verstecken gibt's nicht! Das gilt für die SlammerInnen wie für das Publikum. Wer glaubt, sich bei einem Poetry Slam mit verschränkten Armen zurücklehnen zu können, kann schon mal einen bösen Blick von der/m Slam-MeisterIn abfangen.

DER TEXT. Text, Text und noch mal Text! Formregeln gibt's keine. Nur Gesang soll's keiner sein. In der Kürze liegt bekanntlich die Würze, und die liegt meist bei fünf, aber maximal bei acht Minuten. Grob werden beim Poetry Slam Story Telling, Spoken Word und Rap unterschieden. Beim Story Telling kann man sich schon mal bei der Performance etwas mehr Zeit für einzelne Wörter nehmen. Anders sieht's bei Spoken Word und Rap aus. Doch nicht nur die Quantität, auch die Qualität des Inhalts zeichnet einen guten Slam-Text aus. Mara Ban schreibt konsequent viel, doch eignet sich nicht jeder Text für die Schärfe eines Poetry Slams. Zwei oder drei sollten's dann aber schon pro Slam sein. Und immer aus eigener Feder!



DIE PERFORMANCE. Was du hast, ist eine Bühne, ein Mikro, deinen Text und dich. Was du nicht hast, sind Requisiten. Mara Ban weiß aus Erfahrung, dass das meiste an Performance tatsächlich direkt auf der Bühne passiert. Was sich gut anfühlt, bleibt. Für Yasmin Hafedh hat sich ein individueller Performancestil nach und nach herausgeschält. Wenig ist kalkuliert, authentisch soll es sein.

Nix ist fix im Poetry Slam: „Immer dann, wenn eine Regel aufgestellt wird, was bei Poetry Slams nicht geht, und was man nie machen darf, kommt ein/e SlammerIn, stellt sich hin, macht genau das und knackt damit das Publikum“, so Mieke Medusa.

DAS VOTING. Jeder Wettbewerb braucht eine Leistungsbeurteilungsmethode. Die Wahl der selbigen ist bei Poetry Slams ein eigenes kreatives Feld. Eines braucht es aber immer: das Geben. Gegeben wird den SlammerInnen vom Publikum von Wäscheklammern, die an ihnen angehängt werden, bis hin zu Rosen alles. Mieke Medusa und Yasmin Hafedh haben schon Unterschiedlichstes erlebt. Die gängigste Vergabe ist aber dann doch die von Zahlen. Und die geschieht unkomplizierter als gedacht. Jurykarten werden an einige Personen im Publikum zufällig verteilt. Die Summe aus Bauch-, Herz- und Kopfbegeisterung ist dann an den vergebenen Zahlen von eins bis fünf abzulesen. Wer nicht aufs Ganze gehen will, darf sich dann auch ein Komma erlauben. Je mehr Punkte, umso mehr hat die Performance erfreut. Dankeschön!

DAS LAMPENFIEBER. Dagegen haben sogar unsere drei Slammerinnen kein Rezept. Tipps gibt's trotzdem. Die junge Slammerin Mara macht Neulingen Mut: „Wenn man's machen will, soll man es auf jeden Fall machen!“ Falls doch mal Angst aufkommt, ist es gut, sich vorher zu überlegen, wie man die am Besten rumkriegt. Um es mit Mieke Medusas Worten zu sagen: „Poetry Slam und Sex haben gemeinsam, dass es besser wird, wenn man es öfter macht.“ Also: Üben was das Zeug hält!

POETRY-SLAM-TERMINE

>> poetryslam.at

Wien: Textstrom: jeden letzten Mittwoch im Monat, Anmeldung: 19:30, Beginn: 20:15 im *rhiz*. textstrom.at

NEU!: BusBimSlam: 1.–23. Juni, Öffis(-Haltestellen) aller Wiener Bezirke. busbimslam.wordpress.com

D.T.S. Poetry Slam: jeden zweiten Freitag im Monat im *lokativ*. lokativ.at

U20 Poetry Slam (für SlammerInnen bis 20), 2. Juni, 20:00 im *Dschungel*. dschungelwien.at

Wiener Lustspielhaus Poetry Slam (internationaler Slam): 16. Juni im *Wiener Lustspielhaus*. wienerlustspielhaus.at

Innsbruck: BPS Bäckerei Poetry Slam: 5.5., 25.5., 29.5., jeweils 20:30 in *Die Bäckerei – Kulturbackstube*. autohr.at

Linz: Post Skriptum: 31.5., 5.7., 20:00 im *solaris postskriptum.at*

Graz : Minoriten Poetry Slam: 4.5., kultum.at
1. Kärnten-Steiermark-Ländermeisterschaft
2.6., *Stadttheater Leoben*

Yasmin Hafedh ist als *Yasmo* auch musikalisch aktiv. Live zu sehen am 17. Mai im Wiener WUK bei der **progress-Relaunch-Party**. Freier Eintritt!

DER ORT. Es heißt nicht zu Unrecht, Kärnten sei ein hartes Pflaster für neuere Kunstformen. Mit „Slam if you can“ findet in Klagenfurt nur ein unregelmäßiger Poetry Slam statt. Zu Leiden der Kärntnerin Mara Ban. Für Poetry Slams geht sie dann schon mal ins Exil auf Zeit.

Anders sieht's für die Wienerin Yasmin Hafedh und Wahlwienerin Mieke Medusa aus. Bei sechs koexistierenden Poetry Slams müsste der Umkehrschluss heißen: Wien ist ein weiches Pflaster für Poetry Slam. Doch jeder Veranstaltungsort hat seine eigenen Macken. Als Organisatorin des Poetry Slams *Textstrom* fühlt sie sich seit Jahren im Wiener *rhiz* wohl. Ebenfalls in Wien fand Yasmin Hafedh im *lokativ* eine geeignete Stätte, um ihr Baby *D.T.S. Poetry Slam* heranzuziehen. Im Wiener *Dschungel* nimmt sie sich mit *U20 Poetry Slam* besonders den Slamkücken bis 20 an.

Die Autorin Marlene Brüggemann studiert Philosophie an der Uni Wien.



Internet macht Musik interessant

Im Rahmen ihres Konzertes in Lissabon hat progress die amerikanische Gitarristin Kaki King getroffen und mit ihr im Kaffeehaus über ihre Musik und die digitale Evolution gesprochen.

progress: Die Dreharbeiten zum Buch „Nachtzug nach Lissabon“ von Pascal Mercier finden hier gerade statt. Es handelt von einem Lehrer, der sein geordnetes Leben hinter sich lässt, um in eine neue Stadt zu reisen. Hast du das Gefühl, dass es als Künstlerin möglich ist, aus dem Alltag auszubrechen und alte Gewohnheiten zu durchbrechen?

Kaki King: Ja, manchmal kann es das sein. Ich glaube, viele Leute glorifizieren das – und das sollten sie auch. Ich meine, ich führe kein gewöhnliches Leben. Aber ich finde nicht, dass ich so anders oder einzigartig bin. Ich muss trotzdem noch alltägliche Dinge erledigen. Aber vielleicht mache ich das alles auch schon so lange, dass es sich normal anfühlt.

Das weitaus wichtigste Instrument in deiner Musik ist die Gitarre. In „Second

Brain“ singst du: „Are we to have another century of the guitar when the best instrument in the world is still the piano...“. Warum hast du dich für die Gitarre entschieden?

Ich finde zwar, dass das Klavier das beste Instrument ist, weil es übersichtlicher und einfacher aufgebaut ist. Das ist auch der Grund, wieso MusikerInnen eher auf dem Klavier komponieren und nicht auf der Gitarre. Jedoch ist es mit dem Klavier schwieriger, auf Reisen zu gehen. Die Gitarre ist viel praktischer.

Auf „Junior“, deinem aktuellen Album, singst du von deinen kommunistischen FreundInnen. Gibt es die wirklich? Ja klar! Ich war für fünf Minuten Kommunistin.

Wieso nicht länger?

Weil es definitiv eine gescheiterte Ideologie ist.

Hast du irgendwelche Erfahrungen mit kommunistischen Gruppen gemacht? Irgendwann erreichen wir mal den Punkt, wo wir uns fragen: Hey, das Leben ist so unfair, was würde es fair machen? Lasst uns alle gleich sein! Und dann triffst du diese Freaks auf der Uni, die meinen, sie sind ernsthafte Hardcore-KommunistInnen. Die glauben, die nächste Revolution steht vor der Tür. Einmal nur erwähnte ich in deren Gegenwart, dass ich eine kommunistische Webseite gelesen hatte, und sie sagten gleich: „Komm mit uns, denn du bist eine von uns!“

Und bist du jemals zu einem Treffen gegangen?

Nein, auf keinen Fall. Mein Gott, nein.

Die Diskussion rund um den Schutz von künstlerischem Eigentum ist in den letzten Monaten durch gesetzliche Maßnahmen wie SOPA (Stop Online Piracy Act) in den USA und ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) in der EU neu entfacht. Wie findest du es, wenn Leute deine Musik frei downloaden und sharen?

Das Internet ist Teil der Evolution geworden, des kollektiven Bewusstseins. Es ist nicht mächtig, weil es eine Person kontrolliert, sondern weil wir alle Teil davon sind. Das zu bekämpfen, ist eine ganz schlechte Idee. Und das bedeutet nicht, wenig Geld zu verdienen. Es gibt Wege, deine Information zu schützen. Aber wenn du sagst, ich werde das nicht tun, weil ich nicht will, dass Leute das hören, wenn du alleine gegen diese Welle ankämpfst, ist das dumm. Das ist einfach ein neuer Weg, Wissen zu teilen. Ich denke nicht, dass man das stoppen sollte. Manchmal kommen Leute zu mir und sagen, dass sie alle meine Alben haben, und sie haben sie nicht gekauft, sondern runtergeladen und nicht dafür bezahlt.

Macht dich das wütend?

Nein, denn sie sind zur Show gekommen. Ich sehne mich nicht nach den Tagen, als man haufenweise Geld gemacht hat und von den Major Labels

bezahlt wurde, um auf Tour zu gehen. Das gab es einmal, aber diese Zeit ist vorbei. Internet macht Musik wirklich interessant. Und ich liebe das: Leute können von Musik leben und sie verkaufen und gratis ins Internet stellen und auf Tour gehen. Mein Vater war früher immer dieser besondere Typ mit der coolen Musiksammlung, der zuhause immer Platten aufgelegt hat. Heute können wir alle derjenige mit der Wahnsinns-Musikkollektion auf dem iPod sein.

Gibt es andere Wege, Musik zu „schützen“, als mit Gesetzesentwürfen wie etwa SOPA, PIPA (Protect IP Act) und ACTA?

Dieser Gesetzesentwurf (Anm. der Red.: SOPA) ist wirklich verrückt. Es gibt keinen Weg, das zu überwachen, aber das ist ja das Schöne daran. Außer du bist die Regierung und blockierst die Website. Aber wenn Musik eingeschränkt wird, wird am nächsten Tag die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Das ist eine krasse Entwicklung. Ich möchte nicht Teil einer solchen Welt sein.

Was sind deine Pläne für die nächste Zeit?

Ich arbeite an einem Album. Irgendwas mit Sologitarren. Wird aber noch dauern. Ich habe mir im letzten Jahr ein bisschen freigenommen, und jetzt fang ich wieder mit der Arbeit an. We'll see!

Das Interview führten Lisa Grabner und Simone Grössing.

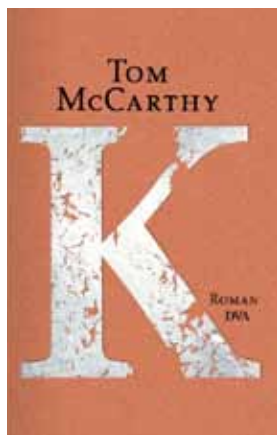
Zur Person

Die amerikanische Musikerin Kaki King (geb. 1979) wurde durch ihre experimentelle Spieltechnik auf der Gitarre bekannt. King hat bereits mit Musikgrößen wie Dave Grohl, Tegan and Sara und Timbaland zusammengearbeitet und für Sean Penns preisgekrönten Film „Into the Wild“ den Soundtrack komponiert. 2006 schaffte sie es als einzige Frau in die Liste „The New Guitar Gods“ des Rolling Stones. Seit 2003 hat sie sieben Alben veröffentlicht, darunter ihr jüngstes Werk „Junior“, das auf Rounder Records erschienen ist.

Foto: Griesser



»K? WARUM K?«



Tom McCarthy, *K*. Übersetzt von Bernhard Robben. München: Deutsche Verlags-Anstalt (2012).

Keine geringere, als die Frage danach, ob da etwas ist, das alles Leben und Sterben auf der Welt miteinander verbindet, treibt die ProtagonistInnen in Tom McCarthys neuem Roman „K“ um. Im Februar diesen

Jahres erschien er in deutscher Übersetzung in der Deutschen Verlags-Anstalt.

Der Held des Romans wird 1898 in England als Sohn eines technikversessenen Erfinders und einer gehörlosen Betreiberin einer Seidenspinnerei geboren. Angesteckt vom ErfinderInnengeist des frühen 20. Jahrhunderts, verbringen er, Serge Karrefax, und seine Schwester Sophie ihre Kindheit auf der Suche nach Möglichkeiten zur Übertragung geheimer Codes sowie nach möglichst explosiven chemischen Substanzen und Verbindungen. Sophie, die ihren eigenen Kater dabei erst versehentlich vergiftet und dann persönlich ausstopft und verdrahtet, setzt als Studentin ihrem Leben ein Ende: Ihre Schwangerschaft, die sie als eine zerstörerische körperliche Veränderung erlebt, treibt sie in den Wahnsinn.

KRIEG. Serge trägt dies als dunkle, schwere Last mit sich, bis er im Ersten Weltkrieg als Kundschafter für die Britische Luftwaffe zu fliegen beginnt. Unter dem ständigen Einfluss von Kokain erlebt er den Krieg nicht als unerträgliche Grausamkeit, sondern sieht die Landschaft unter sich durch Granateneinschläge „erblühen“, genießt die Beben und Eruptionen, die

„die Erde zum Leben erwecken“ und die er durch die Übermittlung von Morsedaten über feindliche Positionen herbeiführen kann. Serges ästhetizistisch-technophiler Blick lässt die LeserInnen distanzierter und unerschrockener als gewöhnlich am Schrecken des Krieges teilhaben. Er kreiert eine KomplizInnen-schaft, die eineN immer wieder erschauern lässt.

„K“ hat wie McCarthys erster Roman „8 ½ Millionen“ einen unheimlichen, düsteren Sog. In beiden Büchern geht es um Zufälligkeit sowie um willkürliche Systeme, die selbstreferentiell und somit sinnlos erscheinen – wie der Tunnelbau unter Serges Gefangenenerlager in Deutschland, bei dem die Männer lediglich auf andere Tunnel stoßen oder sich von einer Baracke zur nächsten graben. So zufällig die Verbindungen zwischen den Dingen und Menschen aber sein mögen: Alles ist in „K“ miteinander verknüpft, und kehrt wieder, wie Funkwellen, die noch lange nach ihrem Aussenden eine Spur hinterlassen.

Autorin: Clara Schumann studiert Afrikawissenschaften in Berlin.

Zweimal hingehört

**GRIMES – VISIONS
2012**



Eva: Kati meinte zu mir: „Ey, lass uns unbedingt ‚Visions‘ von Grimes besprechen.“ Ich habe von ihr noch nie gehört, würde auch nach dem Durchhören sicher niemals auf ein Konzert von Claire Boucher gehen und würde das Album niemals freiwillig nochmal hören. Außerdem ist die jünger als ich! Eitelkeiten hintenan gestellt: Ich mag affektierte, hochgeschraubte Kinderstimmen. Ich dachte zuerst, „da kommt jetzt seichter Pop“, der Sound hat aber deutliche Elektronika- und Breaks-Anleihen und löst sich immer wieder gelungen in Disharmonien auf. Von „Visions“, ist alles in allem jedoch nicht besonders viel zu spüren, „Sketch Book“ wäre ein zutreffenderer Titel: Insgesamt finde ich die Platte etwas dürrig produziert, und selbst (oder gerade) auf guten Kopfhörern klingt der Sound recht dünn. Mir fehlt der Groove. Anspieltipps: „Nightmusic“ und „Eight“.

Kati: Cyborgs. Ich liebe Cyborgs. Ich warte darauf, dass eines Tages Roboter die Welt regieren. Bis dahin kann es aber ruhig Grimes mit ihrem Album „Visions“ tun. Und sie macht das von ihrem Zimmer aus – das Album hat sie dort aufgenommen, indem sie mit ihrer Lispelstimme spielt, sie verzerrt, zu ihrem eigenen Echo macht und ihren eigenen Background-Chor mit Grimes-Klonen einsingt. New-Wave-Synthie-Pop wird der Sound zur Post-Internet-Revolution sein. Der von Grimes ist nämlich nicht nur cool und trotz seiner simplen Machart bestechend, sondern auch irgendwie witz- und tanzig. Außerdem: Wer kann schon von sich behaupten, in einem selbstgebauten, nur mit Hühnern beladenen Hausboot den Mississippi runtergefahren zu sein?

**GIANTREE – WE ALL YELL
2012**



Kati: Als mir letztes Semester die Kollegin im Seminar einen Flyer für ein Konzert in die Hand drückte, dachte ich mir noch nicht viel. „Machst du da auch mit?“, fragte ich sie. Ja, tut sie. Jetzt hat sie mit ihren BandkollegInnen von Giantree das erste Album herausgebracht. Vertraut hört es sich an. Das Indie-Rezept „Gitarre – Vocals – Synthesizer, einmal umgerührt“ funktioniert – vor allem Nummern wie „Communicate“, „Life was Young“ oder auch der Opener erinnern an Francis International Airport in ihren sonnigeren Augenblicken. In der zweiten Hälfte von „We All Yell“ werden die Stimmen rauer, die Instrumente rockiger, Schatten ziehen auf. Mich fröstelt ein bisschen und ich hör lieber nochmal „Communicate“ zum Aufwärmen.

Eva: Ich gebe es zu, diese Ausgabe der Plattenkiste ist meine Grantl-Edition. Ich hab mir die neue lokale Indie-Hoffnung (auch wenn man „Indie“ nicht mehr sagen darf) angehört, und alles, was mir einfiel, war: „Was für ein belangloser Scheiß.“ Beim zweiten Durchhören dachte ich: „Naja, gegen Grimes sind die okay“. Und seitdem begleiten Giantree mich durch regnerische Nachmittage. Textlich gibt die Platte nicht besonders viel her, und beim Titel „We All Yell“ kratzt man sich doch am Schädel, denn gebrüllt wird nicht. Von Verzweiflung oder Wut keine Spur, höchstens eine abgesicherte Koketterie mit Licht und Schatten des Lebens. Ich kann Ansagen wie „I’m ready for drowning“ nicht besonders ernst nehmen, wenn sie in einer heiteren Popnummer untergebracht sind. Und dass gerade dieser Gegensatz das Tiefgründige ausmachen soll, kann ich genauso wenig ernst nehmen. Wenn man aber von all dem absieht, eine wunderbare Aprilwetterplatte.

Kati Hellwagner und Eva Grigori studieren Soziologie und Germanistik an der Uni Wien. Die beiden sind im DJ-Kollektiv Discolab aktiv, welches ihr am 17. Mai im Wiener WUK live und gratis bei der **progress-Relaunch-Party** erleben könnt.

Nerven wie Stahlseile

Judith Ruderstaller von Asyl in Not vertritt Mike A. vor dem Bundesasylamt. Über die unglaubliche Verwechslung der Behörden von Dominica, der Dominikanischen Republik, Haiti und Nigeria und den ganz normalen Wahnsinn der österreichischen Asylpolitik.



Foto: Haller

AsylwerberInnen haben es in Österreich schwer, von den Asylbehörden für glaubhaft gehalten zu werden. Zu oft werden ihre Angaben nach europäischen Maßstäben gemessen und zu oft werden sie – infiltriert von xenophobem Gedankengut – von vornherein als AsylbetrügerInnen eingestuft, die erst einmal beweisen müssen, dass sie „echte“ Flüchtlinge sind. Unter anderem geht das sogar so weit, dass die Staatsangehörigkeit mangels Beweisbarkeit angezweifelt wird, oft auf Grundlage völliger Ignoranz der entscheidenden BeamtenInnen. So ergeht es auch Mike A. – und das bereits seit zwei Jahren.

A. wurde in Haiti geboren. Als er ein Kleinkind war, trennten sich seine Eltern und er kam nach Dominica, einer karibischen Insel. 2009 besuchte er mit seiner Mutter Haiti, um seinen Vater wiederzusehen – seine Mutter überlebte das Erdbeben Anfang 2010 jedoch nicht, und so flüchtete Mike alleine nach Österreich.

VERWECHSLUNG. In Österreich gab er korrekt an, er sei in Haiti geboren und in Dominica aufgewachsen. Welche Staatsbürgerschaft er habe, also ob Haiti oder Dominica, sei ihm nicht bekannt, seine Mutter habe sich immer um Behördenangelegenheiten gekümmert. Er spreche Englisch, etwas Kreolisch und etwas Französisch. Aus Dominica wurde mangels Kenntnis der Existenz dieser Insel im Asylsystem die Dominikanische Republik. Das weitere Verfahren lässt sich wie folgt kurz zusammenfassen:

Bundesasylamt (BAA): Sie kommen also aus der Dominikanischen Republik. Wie kommt es, dass sie kein Spanisch sprechen?

A.: Ich komme aus Dominica, dort spricht man Englisch und Kreolisch.

BAA: Nein, in der Dominikanischen Republik spricht

man Spanisch – Sie sind unglaubwürdig, wir machen eine Sprachanalyse.

Eine Sprachanalyse wurde durchgeführt, das Ergebnis: Nigeria! A. war fassungslos über seine neu gewonnene Herkunft, erhielt einen negativen Bescheid, weil ihm ja in Nigeria keine Gefahr droht und er soll nach Nigeria ausgewiesen werden. *Asyl in Not*, vertreten durch mich selbst, verfasste eine Beschwerde und versuchte das Missverständnis rund um Dominica und die Dominikanische Republik aufzuklären. Das Ergebnis: Keine Chance. Der Bescheid des BAA wurde bestätigt.

MISSVERSTÄNDNISSE. A. kam in Schubhaft: In der Verhandlung vor dem *Unabhängigen Verwaltungssenat Burgenland* kam es trotz vorheriger Thematisierung des Missverständnisses erneut zu denselben Problemen: Wieder übersetzte die Dolmetscherin „Dominica“ als „Dominikanische Republik“, wieder musste dies korrigiert werden. Am nächsten Tag gab es – was ausschlaggebend für den Ausgang des Schubhaftverfahrens war – einen Termin bei der nigerianischen Botschaft. Dort stand bald fest: A. kommt nicht aus Nigeria, sondern habe einen „rastafarian“ Akzent – kommt also aus der Karibik. Er wurde freigelassen, weil die nigerianische Botschaft empfahl, sich „an den tatsächlichen Herkunftsstaat“ zu wenden.

Nachdem trotz allem noch immer eine Ausweisung nach Nigeria rechtlich im Raum stand und die Gründe für das Verlassen von Dominica beziehungsweise Haiti nicht geklärt wurden, ebenso wenig wie die tatsächliche Staatsangehörigkeit, stellte *Asyl in Not* einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Dem Antrag wurde stattgegeben, das Verfahren wurde beim Bundesasylamt Eisenstadt fortgesetzt – mit dem klaren Auftrag des Asylgerichtshofs, man möge doch endlich seinen tatsächlichen Herkunftsstaat ermitteln, da es Nigeria offenkundig nicht sei. Aber erneut scheint das Bundesasylamt uneinsichtig: Bei der Befragung im März 2012 wurde die Qualifikation der MitarbeiterInnen der nigerianischen Botschaft angezweifelt – diese könnten doch im Gegensatz zum Sprachgutachter nicht zum Ergebnis kommen, dass er nicht aus Nigeria stamme. Wie lange A. noch auf eine Entscheidung warten muss, wird sich noch weisen.

ENDLOSSCHLEIFE. So steckt die österreichische Asylpolitik in einer Endlosschleife; Tag für Tag „Österreich sucht den Superflüchtling“: Die zuständigen Behörden scheinen sich darin überbieten zu wollen, durch fadenscheinige Argumente Anträge abzuweisen. Oft wird argumentiert, der „echte“ Flüchtling

würde ja gleich im nächsten „sicheren“ Staat bleiben und nicht bis nach Österreich kommen, um hier ein Asylverfahren zu betreiben. Dieser Wunschtraum der xenophoben Politik entspricht aber erfahrungsgemäß nicht der Realität und entsprach dieser auch nie. Vielmehr sucht sich jemand, der aufgrund einer Verfolgung keine Zukunft mehr im Heimatland sieht, einen Zielstaat, in dem er dauerhaft sicher ist, und nicht einen, in dem er (ob zu Recht oder nicht) eine Abschiebung befürchtet. Auch die österreichische Asylstatistik zeigt, dass die „echten“ anerkannten Flüchtlinge nicht aus Österreichs angrenzenden Ländern, sondern von etwas weiter her kommen. Oft wird eine mangelnde „Logik“ des Verhaltens in der Verfolgungssituation in den abweisenden Bescheiden angeprangert – selbstverständlich gemessen an den Maßstäben der europäischen Asylbeamten, der sich meist niemals in einer Kriegssituation oder in einer Situation der politischen Verfolgung befunden hat. Was dieser als „unlogisch“ erachtet, wird dann allerdings ohne Weiteres so bezeichnet.

KRITIK UND WENIG REAKTION. Problematisch ist auch der Mangel an verständlichen Informationen – häufig bedingt durch eine praktisch nicht vorhandene Bildung, andererseits einen Überfluss an schlechten Ratschlägen oder Halbwahrheiten von SchlepperInnen und anderen Flüchtlingen, meist mit der Konsequenz, dass das Vorbringen der Lebensgeschichte von außen betrachtet in der Tat manchmal eigenwillig wirkt. Die bereits mehrfach durch UNHCR, *Menschenrechtsbeirat* und *Netzwerk SprachenRechte* geäußerte Kritik stieß leider auf wenig Reaktion. Dabei sei angemerkt, dass hier nicht die gesetzliche Lage, sondern deren Umsetzung zentrales Problem ist.

Der beschriebene Fall ist nur ein Beispiel von zahlreichen Verfahrensfehlern, die das gegenwärtige Asylsystem kennzeichnen. Als Fazit in Bezug auf die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit im Asylverfahren kann hier durchaus von einer Umkehr der Beweislast gesprochen werden, die so im Gesetz nicht direkt vorgesehen ist: Der Flüchtling von heute muss nicht bloß gefoltert aus seinem Heimatstaat direkt nach Österreich gekommen sein, darf sich nicht im kleinsten semantischen Detail widersprechen, sondern muss auch Nerven wie Stahlseile haben, um oft jahrelang ein Verfahren betreiben zu können, in der Hoffnung, dass ihm oder ihr letztlich doch jemand glaubt.

Judith Ruderstaller ist Juristin und seit 2007 in der NGO Asyl in Not als Rechtsberaterin aktiv. Sie nimmt ebenfalls für Asyl in Not an EU-Projekten zur Asylthematik teil. Momentan verfasst sie ihre Dissertation am Institut für Kriminologie und Strafrecht.

Damit im Kopf Platz fürs Wesentliche bleibt!



Bei wichtigen Fristen oder Terminen deines Studiums wirst du von uns per SMS oder E-Mail erinnert.

Anmeldung unter:



<http://www.oeh.ac.at/erinnerungsservice>

Das Dialogforum für WissenschaftlerInnen, ArbeitnehmerInnenvertretungen und Partnerorganisationen.



Eine Initiative von **AKNÖ** und **ÖGB**

LANDEBEN – LAND OHNE LEBEN

Einsichten und Aussichten zum ländlichen Raum

Mittwoch, 20. Juni 2012, 9.00 bis 14.00 Uhr,
Sägewerk Hirschwang, Hirschwang 67,
2651 Reichenau an der Rax, Niederösterreich

Eröffnende Impulsreferate

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann,
gf. Direktor des Instituts für Stadt- und
Regionalforschung der Universität Wien

Univ.-Prof. Mag. Dr. habil. Gudrun Biffl,
Dekanin der Fakultät für Wirtschaft und
Globalisierung an der Donau-Universität Krems

Ebenfalls am Podium

Univ.-Prof. Dr. Reinhold Popp,
Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für
Zukunftsstudien an der FH Salzburg

Adelheid Ebner,
Bgm. der Marktgemeinde Gutenbrunn

Moderation:

MMag.^a Agnes Streissler, Wirtschaftspolitische
Projektberatung

AKNÖ • Dialogforum Hirschwang • Windmühlgasse 28, A-1060 Wien
Tel. +43 (0)1 58 883 - 1633 • Fax +43 (0)1 58 883 - 1639
kontakt.dialogforum@aknoe.at • www.dialog-forum.eu

MASTER THE MAINFRAME CONTEST 2012

Get to know the most reliable and secure computer system and pit yourself against universities in Germany, Austria and Switzerland!



Are you interested? Then take part in the **IBM Master the Mainframe Contest 2012** and win **iPads, Kindle eBook Readers** and much more! No experience with mainframes is necessary.

Registration: from 26th March 2012
ibm.com/ch/mainframecontest2012
Contest duration: 1st May – 31st July 2012



progress im neuen Dress

WUK in Wien
17. Mai 2012
ab 20h

IRA ATARI

(Electro / Powerpop)

SOOKEE

(Rap/ Hip Hop)

YASMO

(Hip Hop / Lyrik / Melodramatischer Pop-Song)

BROKEN SEQUENCE

Selbstlaut & Alligator Man

(Hip Hop)

DJ LINE:

DAYVAN COWBOY

(Indie)

DISCOLAB

(Electro / House / Techno)

FREIER EINTRITT



Das **progress** ist das Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, erscheint sechs Mal im Jahr und hat sich zur Aufgabe gemacht, die triste österreichische Medienlandschaft mit einem kritischen Blick aus Studierendensicht zu bereichern.

Erstmals seit zehn Jahren wurde das **progress** nun einer graphischen Rundumerneuerung unterzogen. Mehrere Monate hat sich die Progressredaktion gemeinsam mit der Graphik und Werbung – Abschlussklasse der Uni für Angewandte Kunst den Kopf über eines neues Konzept zerbrochen und wir hoffen, das Ergebnis gefällt! Damit wir auch alle was davon haben, machen wir eine **Party** am internationalen Tag gegen Homo – und Transphobie das neue Progress im WUK!

Bestell dir das **progress** kostenlos unter www.progress-online.at!



www.oeh.ac.at

GREAT PLACE TO FIND WORK.

Arbeit ist nicht gleich Arbeit. Nur auf **Karriere.DiePresse.com** finden Sie alle Jobs der besten Arbeitgeber Österreichs. Garantiert durch das GPW-Gütesiegel.



Beste Arbeitgeber **2012**
Österreich



Karriere. *Die Presse.com*

Mit **JOB NAVI³**: Österreichs modernster Job-Matching-Technologie.

